Freitag, den 23. Juni 1922. 94. Jahrgang. — Nr. 145.

Bochumer Zeitung
Märkischer Sprecher

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt
Amtliches Kreisblatt für Stadt- und Landkreis Bochum

Druck und Verlag: Buchdruckerei Wilh. Stumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.
Geschäftsstelle: Buddenbergstr. 11, Fernsprecher 125. — Postscheckkonto Dortmund Nr. 3695.
Schriftleitung: Buddenbergstr. 4. Fernsprecher 3875.

Bezugspreis: In Bochum u. Umgebung monatlich 30.— Mk. durch die Post bezogen vierteljährlich 80.— Mk., monatlich 30.— Mk., frei Haus. — Erscheint an allen Werktagen morgens. — Für unverlangte Einsendungen haftet die Schriftleitung nicht. Rückporto ist beizufügen. - Sprechstunden der Schriftleitung von 11—12 Uhr vorm. und 5—6 Uhr nachmittags. - Im Falle höherer Gewalt, auch durch Krieg oder Streiks verursacht, erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung und Leistung von Schadenersatz. — Kostenlose Unfall-Unterstützung von 300 Mk. nach Maßgabe unserer Bedingungen.

Anzeigenpreis: Im Verbreitungsbezirk 80 Pfg., Familienanzeigen 70 Pfg., Stellengesuche 60 Pfg.; außerhalb 1.— Mk. für 1 mm Höhe und 33 mm Spaltenbreite; im Reklameteil, 77 mm Spaltenbreite, für 1 mm Höhe 4.— Mk. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Beilagengebühr nach Uebereinkunft. — Bei zwangsweiser Betreibung der Einrückungsgebühren durch Klage oder in Konkursfällen wird der bewilligte Rabatt hinfällig. — Annahmeschluß von Anzeigen abends 7 Uhr, für größere nachmittags 4 Uhr.

Aus der Parlamentsarbeit.

Fortsetzung der großen Aussprache. — Ministerpräsident Braun über die Schuld am Kriege.

Deutscher Reichstag.

232. Sitzung vom 22. Juni 1922.

Die politische Aussprache. Verbunden mit der Aussprache wird noch ein Antrag Crispien (U. S. P.) auf Anbahnung einer allgemeinen Finanzreform.

Abg. Stampfer (Soz.)

verlangt die Wiederherstellung des gebeugten Rechts am Rhein und dem Saarland. Er bedauert, daß der rheinische Bauernbund seine Mitglieder zum Widerstand gegen die Getreideumlage aufgefordert habe. Er verliest einen Brief vom 12. April 1915, den der frühere Reichstagsabgeordnete von Oldenburg-Januschau an den damaligen preußischen Innenminister von Loebel gerichtet hat, und in dem er sich über die vielen Verordnungen beschwerte und erklärte, daß er 500 Morgen Land überhaupt nicht mehr bestellen werde. Das Vertrauen zur obersten Kriegsleitung schwindet immer mehr. (Lebhaftes Hört! Hört! Lachen rechts. Zurufe links: Das ist der Dolchstoß.) Das ist derselbe Mann, der den Kaiser aufgefordert hat, den Reichstag durch einen Leutnant und 10 Mann auseinander zu jagen. So wie er handelt nur ein Landesverräter. Jetzt sieht man ihn in den Illustrierten Zeitungen in der alten Uniform mit dem Eisernen Kreuz 1. Klasse neben Hindenburg. Welchen Wert hat dieses Ordenszeichen, wenn solche Männer es tragen? Der Redner wirft der Rechten maßlose Demagogie vor. Sie arbeite wieder mit den tönenden Phrasen wie der Kaiser, der auf die serbischen Dokumente schrieb, daß man in Sansschack marschieren müsse. Dann war der Klamauk fertig. Der Redner stellt der Regierung das Zeugnis aus, daß sie geschickte Politik betrieben und manche Gefahr beseitigt habe.

Abg. Gothein (Dem.)

fordert den Reichstag auf, dem Ausland ein würdiges Bild zu bieten und von allem Parteigezänk abzulassen. Der Auftakt der Aussprache sei allerdings sehr bedenklich gewesen, denn Dr. Reichert habe mit seiner Rede nur Stimmung für den Wahlkampf getrieben. (Lebhafter Widerspruch rechts.) Die Demokraten seien keine absterbende Partei, denn das deutsche Volk würde den Demagogen bald die Gefolgschaft versagen. (Lachen rechts.) Die Abkommen mit Frankreich seien nicht ideal, aber immerhin ein Fortschritt. Die Demokraten seien immer für eine Verständigung gewesen. Hätte man gewußt, daß England ein Bündnis angeboten habe, so wäre es wahrscheinlich vom Reichstage mit großer Mehrheit angenommen worden. Die Reichen allein könnten die Reparationslasten nicht tragen. Eine Steuerdrückerei des Proletariats dürfe nicht zugelassen werden. Redner stellt fest, daß am 1. Juli die Gütertarife um das 244 fache der Friedenssätze erhöht seien. Das sei eine Katastrophenpolitik, die zum Untergang führen müsse.

Abg. Emminger (Bayr. Vpt.)

mahnt ebenfalls zur Einigung. Der Reichstag solle dem Auslande den Anblick fester vaterländischer Geschlossenheit bieten. Redner wendet sich dann gegen die Auslassungen linksgerichteter bayerischer Blätter gegen angebliche separatistische Bestrebungen in Bayern. Nicht in Bayern, sondern auch im Rheinland besteht eine Einheitsfront in diesen nationalen Fragen. Redner richtet an den Reichskanzler die Frage, wie lange er noch seine Erfüllungspolitik treiben wolle. Ob die Regierung auch bei einem Dollarstand von 500 Mark Devisen kaufen wolle und ob der Reichskanzler dann nicht einsehe, daß wir bald zu österreichischen Zuständen kommen würden.

Abg. **ten Hompel** (Ztr.) hält den Streit der Meinungen über die verschiedenen Meinungen für gegenstandslos, da sie nun einmal abgeschlossen seien. Nur eine äußere Anleihe könne uns helfen.

Abg. **Breitscheid** (Unabh.) erklärt, es liege kein Grund vor, den Rheinlanden besonderen Dank auszusprechen. Sein Festhalten am Deutschtum sei selbstverständlich. Redner bedauert die Uebergriffe der Besatzungsarmee und stimmt dem Abkommen zu. Er bekämpft die Haltung der Rechten in der Frage der Getreideumlage.

Abg. Dauch (D. V.)

protestiert gegen die Behandlung des Reichstags bei Abschluß des Wiesbadener Abkommens. Dieses wäre durch die Umwandlung der Geldleistungen in Sachleistungen ein Vorteil, wenn diese Sachleistungen unserer wirtschaftlichen Kraft angepaßt würden. Das sei aber nicht der Fall. Durch Erfassung der Sachwerte würden nur die Klassen gegeneinandergehetzt. Arbeitgeber und Arbeitnehmer gehörten zusammen. Des einen Verderben sei auch das des anderen. Seine Partei lehne die Verträge ab.

Gegen 7 Uhr wird die Weiterberatung auf Freitag nachm. 2 Uhr vertagt. Außerdem Anfragen und kleinere Vorlagen.

Preußischer Landtag.

153. Sitzung vom 22. Juni.

Der kommunistische Antrag auf Bewilligung von 20 Millionen für die

Hungersnot in Rußland

wird dem Ausschußantrag gemäß abgelehnt. Angenommen wurden dagegen die Ausschußanträge des deutschen Roten Kreuzes, für das russische Hilfswerk, insbesondere zugunsten der Deutschen, fünf Millionen Mark zur Verfügung zu stellen und bei der Reichsregierung anzuregen, daß unverzüglich eine internationale Hilfsaktion aller Kulturstaaten zur Bekämpfung der russischen Hungerkatastrophe eingeleitet wird.

Darauf wird die zweite Beratung des Haushaltes des preußischen Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten fortgesetzt.

Als erster Redner nimmt das Wort

Ministerpräsident Braun

zu folgenden Ausführungen: Meine Damen und Herren! Ich will vorerst mit wenigen Worten zu der Frage der Schuld am Kriege, die gestern bereits eingehend im Hause erörtert ist, Stellung nehmen. Eine der größten und verhängnisvollsten Geschichtslügen ist zweifellos die Lüge von der Alleinschuld Deutschlands am Weltkriege. Sie ist so verhängnisvoll, weil sie nicht nur das Verhältnis zahlreicher großer und kleiner Völker der Welt zu Deutschland und dem deutschen Volke auf Jahre hinaus vergiftet hat, sondern weil aus dieser Schuldlüge von unseren ehemaligen Kriegsgegnern die moralische Berechtigung hergeleitet wird zu den schier unerträglichen Belastungen und Bedrückungen des deutschen Volkes. Wir haben daher allen Grund, immer wieder vor aller Welt die Tatsachen aufzuzeichnen, die geeignet sind, die Schuldlüge zu erschüttern und schließlich vollends zu vernichten. Ob die Ergebnisse des Münchener Fechenbach-Prozesses geeignet seien, für das Ausland überzeugend zu wirken, lasse ich dahingestellt sein. Sie bilden aber ein Mittel zur Erschütterung der Schuldlüge. Auch dahin zu wirken, daß der Haß im Auslande gegen Deutschland abgebaut wird, möchte ich mich anschließen. Mit geräuschvollen militärischen Feiern möge man zurückhalten. Unter ihnen leidet besonders auch die deutsche Bevölkerung des hinter den Kulissen des Völkerbundes der französischen Gewaltpolitik ausgelieferten Saargebietes. In der gleichen verderblichen Weise wie seinerzeit der zaristische Rubel auf dem Balkan wollte, ist heute der Frank im besetzten rheinischen Gebiet. Es ist erfreulich, daß bei den Bedrückungen und Verführungsversuchen es noch niemand vermocht hat, die deutschfühlende rheinische Bevölkerung in ihren Gefühlen und Gedanken irgend wie schwankend zu machen. An dem gesunden deutschen Sinn werden auch die Loslösungsbestrebungen scheitern. Den Oberschlesiern, die jetzt wieder unter unbeschränkte deutsche und preußische Staatshoheit zurückkehren, entbiete ich meinen herzlichen Gruß. Wir müssen zu einem erträglichen Verhältnis mit den neuen Grenznachbarn kommen. Für den schnellen Ersatz der Aufstandsschäden ist ein Gesetz in Vorbereitung. Ich hoffe, daß die Oberschlesier einsehen werden, daß es im wirtschaftlichen und kulturellen Interesse Oberschlesiens liegt, ein Bestandteil des großen preußischen Staates zu bleiben. Berechtigte Wünsche haben ihre Befriedigung im Gesetz über die provinziale Autonomie gefunden. Soll auch der Einheitsstaat die idealste Lösung des Staatsproblemes werden, so wäre es doch unter den heutigen Verhältnissen der größte Fehler, Preußen zu zerschlagen, um zu einer Einigung des Reiches zu kommen. Was die Differenzen zwischen den preußischen Provinzialvertretern im Reichsrat anlangt, so werde ich weiterhin bemüht sein, ein geschlossenes Auftreten der preußischen Stimmen herbeizuführen. Daß in der Koalition volle Gleichberechtigung auf dem Gebiete der Personalpolitik bestehen muß, unterliegt keinem Zweifel. Die Koalition ist keine Gesinnungsgemeinschaft, sondern lediglich Arbeitsgemeinschaft, die aus der Not des Vaterlandes heraus geboren ist. (Beifall.)

Abg. **Rippel** (D.-Nat.): Erfreulich ist die Einmütigkeit in der Entrüstung über die Unterdrückung unserer Brüder und Schwestern im Rhein- und Saargebiet. Unsere wärmste Sympathie gilt auch den schwerleidenden Oberschlesiern. In der Schuldfrage sollten wir uns die Hand zu gemeinsamer Arbeit reichen.

Abg. Dr. **Preuß** (Dem.): Solange die fremde Besatzung im Rheinland steht, solange die Außengrenzen des Reiches bedroht sind, läßt sich das preußische Problem nicht lösen.

Abg. Dr. **Bredt** (Wirtsch. Part.) fordert Weiterverleihung des E. K. Ministerpräsident Braun tritt dem entgegen. Nachdem noch Abg. Heilmann (Soz.), Kloft (Ztr.), Franken (Unabh.) und Klatte (Dt. Vpt.) Ausführungen gemacht haben, wird die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr vertagt.

Mehrleistung.

Von unserem Sachverständigen in Eisenbahnfragen.

Der Demokrat Dernburg hat dem Reichsverkehrsminister Groener, mit dem er doch zum mindesten im Parteiverband steht, im Steuerausschuß des Reichstages einen derben Nasenstüber versetzt. Nicht etwa tatsächlich der Persönlichkeit des Reichsverkehrsministers, sondern bildlich seiner Tarifpolitik. Groener will unmögliches möglich machen, mit dem sinnlos gewordenen Anziehen der Tarifschraube den Fehlbetrag wenigstens bei den Verkehrsanstalten zu beseitigen. Um das äußerlich wirksam zu machen, ist im Innern die Trennung des Eisenbahnhaushalts vom allgemeinen Reichshaushalt herbeigeführt worden.

Das ist kein Kunststück, auch nicht, wie Groener in haushaltstechnischer Hinsicht verfährt, um den Fehlbetrag einfach wegzuwischen. Dieser ist unzweifelhaft vorhanden, wird vor allem von Groener selbst dadurch erwiesen, daß er sich einen außerordentlichen Haushalt schafft oder zu schaffen versucht hat, um darauf die gesamten Erneuerungskosten der Verkehrsverwaltung abzuschieben. Jedes kaufmännisch geleitete Unternehmen deckt die Erneuerungskosten aus den laufenden Einnahmen. Wenn eine Fabrik jede Maschine, die für eine andere eingestellt wird, auf Anleihekonto, das heißt Kredit, verrechnet, so wird diese Fabrik in wenigen Jahren an Ueberschuldung zusammenbrechen.

Das außerordentliche Konto im Eisenbahnhaushalt ist heute schon mit 22 Milliarden Mark ausgestattet. Allerdings soll es der Voranschlag für das ganze Jahr sein. Indessen, wann bekümmert sich der gleitende Geldwert jemals um Voranschläge? Wie will Groener diesen außerordentlichen Haushalt auffüllen, woher auf dem Anleihewege 22 Milliarden Mark nehmen? Auch der Wiederherstellungsausschuß hat schon danach gefragt, sodaß unserem verkehrspolitischen Dr. Eisenbart nichts anderes übrig bleibt, als Farbe zu bekennen.

Etwas hat er in dieser Hinsicht schon getan: die Tarifschraube ist neuerdings scharf angezogen worden. Wie sich das auswirkt, hat Dr. Dernburg am 21. Juni im Steuerausschuß auseinandergesetzt. Wenn Groener die Tarifschraube andreht, so verfährt er ganz mechanisch nach einem Preismesser, für dessen Benutzung jeder volkswirtschaftliche Student im ersten Semester den Minister halsauf auslachen würde. Groeners Tarifschraube hat sich nun unentwegt so gedreht, daß sie den Verkehr abdrosseln muß. Warum teilt Groener zu seiner Rechtfertigung nur mit, um wieviel die Einnahmen nach jeder Umdrehung der Tarifschraube gewachsen sind, nicht aber, welche Mengen im Vergleich zur Vorkriegszeit von seinen verkehrten Anstalten bewegt wurden?

Es würde sonst deutlich, daß die Papiergeldflut steigt, der Leistungswert dagegen stark abgenommen hat. Auch die Ursachen dieses Rückganges glaubt Groener entdeckt zu haben. Er will mit dem Arbeitsdienstzeitgesetz für die Eisenbahner Ernst machen. Das ist nichts besonderes, denn der gesamte Mittelstand, Handwerker, Akademiker und Kaufleute, müssen erheblich mehr als acht Stunden arbeiten, um die Schäden der Minderleistung infolge des sogenannten Achtstundentages für sich und ihre Angehörigen auszugleichen. Der Achtstundentag für die Eisenbahner hat seit der Einführung nach der Revolution überhaupt nicht bestanden. Die Folge ist die Ueberlastung der Eisenbahnen mit überflüssigem Personal, wobei es nichts ausmacht, ob nur hunderttausend oder dreihunderttausend überflüssig sind. Wenn es nur hunderttausend sind, so beträgt die Gehalts- und Lohneinsparung heute schon fünf bis sechs Milliarden Mark. Was an überzähligem Personal den Eisenbahndienst verläßt, kann sehr wohl dem Baumarkt zugeführt werden, mit Aussicht auf Erfolg nur dann, wenn auch hier eine unverhältnismäßige Steigerung der Leistung einsetzt.

Es ist nun einmal so, wird weder durch marxistische „Grundsätze" noch durch anderen Schwindelhafer widerlegt, da jede Steigerung der Arbeitsleistung Gelegenheit für neue Arbeit schafft. Zumal dann, wenn die Wirtschaft so erschöpft ist, wie es die deutsche seit November 1918 ist. Immerhin ist zu rügen, daß Groener sein Arbeitszeitgesetz nur mit den Spitzen der Gewerkschaften durchhecheln will. Mit welchem Recht wird die einzige parlamentarische Vertretung

Artikel 18 der Reichsverfassung.

Von einem preußischen Parlamentarier.

Die Behandlung des Gesetzentwurfes zur Ausführung des Artikels 18 der Reichsverfassung gibt immer mehr Anlaß zu der Befürchtung, daß es sich hier um ein Zweckgesetz zur Verschlagung Preußens handelt.

Besonders bedenklich stimmt die Haltung des Zentrums und der Demokraten. Während früher das Zentrum auf dem Standpunkt gestanden hat, daß im Rheinlande eine Abstimmung während der Besatzungszeit aus völkerrechtlichen und staatsrechtlichen Gründen unmöglich ist, nehmen die Vertreter des Zentrums im Ausschuß des Reichstages eine andere Haltung ein und wünschen das Gesetz so gestaltet zu haben, daß es auch während der Besatzungszeit möglichst leicht anzuwenden ist. Entscheidend aber ist, daß die beiden genannten Parteien gegenüber der Reichsverfassung, die ausdrücklich vorschreibt, daß eine Abstimmung nur dann möglich ist, wenn ein Drittel der zum Reichstag wahlberechtigten Einwohner des abzutrennenden Gebiets es verlangt, jetzt an dieser Verfassungsbestimmung herumdeuteln und wünschen, daß eine Abstimmung auch dann erfolgt, wenn nur schätzungsweise ein Drittel, z. B. vertreten durch Kommunen, Verbände usw., eine Abstimmung verlangt.

Allerdings deutet dieses Bestreben auch darauf, daß man sich seiner Sache sehr wenig sicher fühlt und nicht glaubt, bei verfassungsmäßigem Vorgehen ein Drittel für das Abstimmungsverfahren zu gewinnen. Immerhin wird die Oeffentlichkeit auf der Hut sein müssen. Auch die Haltung der Bayrischen Volkspartei ist geeignet, Erstaunen zu erregen. Man wird sich in Bayern darüber klar sein müssen, daß Bayern ohne Preußen nicht leben kann, und daß der Verschlagung Preußens die Verschlagung Bayerns auf dem Fuße folgen wird. Gegenüber gewissen Bestrebungen der Bayerischen Volkspartei muß es offen ausgesprochen werden, daß die Preußenfeinde in der Bayerischen Volkspartei unter Umständen die Totengräber Bayerns sein werden. Beginnt man an den Grundlagen des Deutschen Reiches zu rütteln, so ist nicht abzusehen, was der Einsturz alles mit sich reißen wird.

Sozialdemokratie und Reichstagsauflösung

Entgegen den beschwichtigenden Meldungen einiger Berliner Blätter stellt der „Vorwärts" fest, daß am Mittwoch keine Entspannung der innerpolitischen Lage, sondern eine Versteifung derselben gebracht hat. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion habe sich gestern in vielstündigen Beratungen mit der gesamten innerpolitischen Lage, beschäftigt, über deren Ernst man sich nicht täuschen solle. Es herrschte volle Einmütigkeit in allen Fragen, vor allem auch darüber, daß die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die eine Reichstagsauflösung nicht zu fürchten hat.

Northcliffe im Wahn.

Von unserem Londoner Mitarbeiter.

Die Nachricht, Lord Northcliffe sei geistesgestört, die durch die Presse geht, bedarf noch der Bestätigung. Sie wäre aber die naheliegende Erklärung nicht allein für den plötzlichen Abbruch der Berichte über Deutschland, sondern auch für diese Berichte selbst, deren Inhaltlosigkeit, Sprunghaftigkeit und Einfältigkeit aufgefallen ist. Die Selbstgefälligkeit hätte man von einem Northcliffe wohl verstehen können, aber selbst diese grenzte oft an das Kindische. Wenn man sich zurückerinnert an die mit großem Pomp in der Olympia in London begangene Feier des 25jährigen Bestehens der „Daily Mail", bei der sich Northcliffe sogar einen Geistlichen geleistet hatte, der vor der Festversammlung Gott anflehen mußte, Großbritannien seinen Schützer, Wächter und Retter Northcliffe noch recht lange zu erhalten, wird man zu der Einsicht kommen, daß der Wahn schon früher seinen Anfang genommen hat. Man weiß, daß dieser Mann sehr oft und deutlich mit dem Gedanken gespielt hat, an hervorragender Stelle an der Leitung der Geschicke seines Landes beteiligt zu werden, wie das ja auch Bottomley getan hat. Es würde eines besonderen Reizes nicht entbehren, wenn es sich nun herausstellte, daß der eine der beiden Hauptpropagandamacher gegen Deutschland sich als geistesgestört erweist, nachdem kurz vorher der andere ins Zuchthaus gewandert ist. Man könnte dann mit Recht von einer Nemesis sprechen.

Die spanische „Marokko-Expedition" beendet.

Die Madrider Zeitung „El Sol" berichtet, daß die militärische Aktion in Marokko endgültig beendet sei. Eine Schiffahrtsgesellschaft hat von der Regierung den Auftrag erhalten, 20 Schiffe bereit zu halten, die die Expeditionstruppen nach Spanien zurückholen.

des deutschen Reichstags ausgeschaltet? Sind die Eisenbahnen Eigentum Groeners und der Gewerkschaften, deren Führern das volkswirtschaftliche Wesen der Tarif- und Mehrleistungspolitik ein Buch mit sieben Siegeln ist? Auch in diesem Fall zeigt sich wieder, daß Groener seiner verkehrspolitischen und verkehrstechnischen Aufgabe nicht gewachsen ist. Das hat ihm am 21. Juni der Demokrat Dr. Dernburg bescheinigt. Und das wäre für auch genug.

Die Furcht vor dem 28. Juni.

Von unserem Berliner Vertreter.

Verschiedene nationale Verbände beabsichtigen den Mittwoch der nächsten Woche, den 28. Juni, zu einem Tage eindrucksvoller Kundgebungen gegen den Schmachvertrag von Versailles zu machen, der an diesem Tage die traurige Feier seines dreijährigen Bestehens begehen kann.

Schon heben die Linksparteien und ihre Presse zu zetern an, und lassen die Trompetenstöße des jüngsten Gerichtes ertönen. Die „Freiheit" allen voran, der ein „absolut sicherer" Gewährsmann mitgeteilt hatte, daß an diesem Tage, von den unzähligen Bergen herab, wo die deutsche Jugend sich unter der Maske von Sonnwendfeiern zum entscheidenden Stoß sammle, aus den Sälen heraus, in denen die Angehörigen des ehemaligen Heeres ihre Regimentsfeiern abhalten, der neue Putsch alles überschwemmend über das republikanische deutsche Land hinfluten werde.

Diese Gespensterma lerei, so lächerlich sie ist, scheint aber doch auch in der Regierung schwache Nerven gefunden zu haben, denn Herr Severing hat dem Interviewer eines Berliner Abendblattes versichert, daß die Regierung auf diese Alarmrufe hin alle erdenkliche Vorsorge zur Verhütung überraschender Ereignisse getroffen habe. Die preußische Polizei sowie alle in Betracht kommenden preußischen Behörden würden aufmerksam alle Bewegungen verfolgen, die in ihren Wirkungen die öffentliche Ruhe und Ordnung zu stören geeignet seien und unnachsichtlich gegen jeden Ruhestörer einschreiten.

Herr Severing geht, um die Bevölkerung zu beruhigen, noch weiter und stellt in Aussicht, daß er insbesondere die Polizeibeamtenschaft auf die programmatischen Erklärungen verweisen wird, die der preußische Ministerpräsident im November des vorigen Jahres im Auftrage der Regierungsparteien abgegeben hat und in denen feierlichst festgestellt wird, daß die Betätigung antirepublikanischer Gesinnung unvereinbar ist mit den Pflichten aller Beamten, insbesondere aber mit den Aufgaben der Schutzpolizei.

Es ist interessant, aus diesen Erklärungen Severings ersehen zu können, daß die preußische Regierung den Kampf gegen den Friedensvertrag von Versailles, um dessentwillen beinahe doch auch eine mehrheitssozialistische Führerhand verdorrt wäre, mit dem Kampf gegen die bestehende Republik identifiziert.

Amerikas Rache gegen Frankreich.

Von unserem Pariser Mitarbeiter.

Herr Pyneare hat in seiner Prestigepolitik zur Zeit ein Haar gefunden. Er hatte sich auch wirtschaftlich stark genug geglaubt, dem Morgan-Komitee die Denkschrift vor die Füße werfen zu können, um dann ungehindert ohne Rücksichten auf irgendwelche Ententegenossen in Europa seinen eigenen Willen durchzusetzen. Deshalb war in der französischen Presse zunächst auch unverhohlener Jubel, als Herr Morgan unverrichteter Dinge wieder abreiste, aber die Ernüchterung hat nicht lange auf sich warten lassen, denn Frankreich braucht Geld, um seinen Haushalt ins Gleichgewicht zu bringen und möchte jetzt einlenken, um doch, sobald die Gelegenheit günstig ist, die Amerikaner wieder zu holen.

Inzwischen aber ist die amerikanische Börse über die Haltung der Franzosen schwer verärgert; die Amerikaner wissen, daß sie die Einzigen sind, die den Franzosen Vernunft beibringen können. Auch in ihren eigenen Bettungen mehren sich jetzt die Stimmen, die dagegen protestieren, daß Frankreich seine Schulden nicht zahlt und sich statt dessen gewissermaßen auf Kosten der amerikanischen Gläubiger die größte europäische Wehrmacht hält. Wall Street hat denn auch nicht gezögert, die Franzosen sehr nachdrücklich auf ihre finanzielle Kette hinzuweisen und hat den einfachsten, aber auch zugleich einleuchtendsten Weg gewählt, indem es den Frankkurs zu werfen begann.

Nicht plötzlich, aber dafür stetig, sodaß allmählich eine Kurve entsteht, die nicht allein die Pariser Bankiers, sondern auch die Pariser Politiker nachdenklich stimmen sollte. Wenn man als Stichtag den 30. Mai nimmt und von da die täglichen Kursnotierungen der Pariser Börse verfolgt, so ergibt sich daraus, daß damals der englische Pfund auf 48,7 Frank stand und der Dollar auf 10,945. Tagtäglich ist der Frank um einige Punkte gesunken, sodaß am 19. Juni das Pfund bereits mit 51,56 Frank und der Dollar mit 11,70 Frank bezahlt wurde. Das ist nicht das stürmische Tempo, in dem seither die Mark gesunken ist, aber es bedarf kaum des Hinweises, daß die Entwertung des Frankenkurses auch die Franzosen in eine neue wirtschaftliche Krisis hineinziehen muß.

Sie können daraus entnehmen, daß sie Deutschlands Schicksalsgenosse geworden sind und daß ihre dauernde Halsstarrigkeit gegen einen vernünftigen Wiederaufbau Europas nicht nur Deutschland, sondern auch sie selbst an den Bettelstab bringt. Eine andere Frage ist freilich, ob sie diese Lehre wirklich ziehen wollen oder ob sie nun nicht erst recht versuchen, mit Gewalt sich durchzusetzen.

Das Mißgeschick des Reichsschulgesetzes.

Von Dr. Otto Everling, M. d. R., Nikolassee.

Seit April dieses Jahres steckt die Weiterberatung des Entwurfes eines Gesetzes zur Ausführung des Artikels 146 Abs. 2 der Reichsverfassung, des sog. Reichsreligionsgesetzes. Die Verabschiedung ist dringend geboten, die Länder können in der Gestaltung des Volksschulwesens ohne dieses Reichsgesetz nicht weiterkommen. Heftige Kämpfe und die peinliche Willkürlichkeiten können nur durch reichsgesetzliche Regelung vermieden werden. Um so bedauerlicher ist es, daß in der Sitzung des 30. Ausschusses des Reichstags vom 21. Juni beschlossen wurde, die Weiterberatung des Gesetzentwurfes bis auf weiteres zu vertagen.

Bekanntlich hatte der Ausschuß mit 15 gegen 13 Stimmen dem § 1 des Entwurfs eine Fassung gegeben, die den drei Schularten: Gemeinschaftsschule, Bekenntnisschule und weltliche Schule grundsätzlich die gleiche Entwicklungsmöglichkeit gibt. Darob hat sich eine Meinungsverschiedenheit ergeben, ob diese Abänderung eine Verfassungsänderung in sich schließt oder nicht. Der Vertreter der Reichsregierung, der Staatssekretär Schulz stellte sich mit der Minderheit des Ausschusses auf den Standpunkt, daß ein verfassungsändernder Antrag vorliege, und verwies auf Erwägungen und Entscheidungen der Reichsregierung über ihre weitere Stellungnahme. Am 20. Juni lag nun dem Reichstagsausschuß ein Brief des Reichsministers des Innern Dr. Köster vor, der mitteilt, daß sich die Reichsregierung wiederholt mit der Meinungsverschiedenheit befaßt habe, die „schwierigste und meistumstrittene Teile des Verfassungswerkes berührt". Sie sieht aus verschiedenen Gründen davon ab, im gegenwärtigen Zeitpunkt abschließend Stellung zu nehmen, behält sich indes vor, die Frage auch unter Würdigung ihrer politischen Bedeutung, alsbald im Benehmen mit den Parteien ihrer endgültigen Lösung entgegenzuführen. Unter diesen Umständen hält die Reichsregierung eine Weiterberatung des Entwurfes zur Zeit nicht für angezeigt. Sie würde es jedoch begrüßen, wenn nach erfolgter Klärung noch vor dem Wiederbeginn der Vollsitzungen des Reichstags im nächsten Herbst der Ausschuß die Beratung des Entwurfs wieder aufnehmen und fördern würde, daß die endgültige Verabschiedung des Entwurfs durch den Reichstag baldigst ermöglicht würde."

Man sieht, die Reichsregierung zieht den Entwurf nicht zurück, hat sich auch noch nicht verständigen können — und das mag auch für Minister des Zentrums und der Sozialdemokratie so einfach nicht sein. Die Koalition kann augenscheinlich zurzeit die Belastungsprobe des Schulgesetzes nicht tragen und darum soll die rein staatsrechtliche Frage, ob ein Ausschußbeschluß verfassungsändernd ist oder nicht, unter Würdigung ihrer politischen Bedeutung im Benehmen mit den Parteien gelöst werden, ein seltsames Verfahren, das wohl selten von einem Minister mit solcher Offenheit dargelegt wurde. Für den Reichstagsausschuß lag aus sachlichen Gründen kein Anlaß vor, die Beratungen zu unterbrechen. Der beschlossene § 1 war formeller Art, erst die Weiterberatung gab dem Gesetz Inhalt und Gesicht. Die Frage, ob die Gleichstellung der Schulen verfassungsändernd ist, konnte von den zuständigen Stellen später entschieden werden. Und so hätte man erwarten dürfen, daß die Parteien, die dem Abänderungsantrag zu § 1 zugestimmt haben, auch für Weiterberatung sich einsetzen würden. Statt dessen erklärte der Redner des Zentrums, nachdem er durch den Sozialdemokraten erst an die Koalitionspartei erinnert war, daß seine Partei trotz lebhaften Bedauerns über die Verzögerung für den Aufschub der Verhandlungen eintreten werde. Vergeblich wiesen die Vertreter der Deutschen und Deutschnationalen Volkspartei darauf hin, daß die Unklarheit der Reichsregierung den Ausschuß in der weiteren Behandlung nicht zu beirren brauche, daß der Hauptgrund der Vertagung augenscheinlich nicht Gründe der sachlichen Schulgestaltung, sondern der **parteipolitischen Koalitionserhaltung** sei und daß eine Verabschiedung des Gesetzes so dringend notwendig sei. Gegen die Stimmen der beiden Rechtsparteien wurde die Vertagung bis zum Herbst beschlossen. Nicht wenige Freunde der Schule, auch aus den Anhängern der Parteien, die sich zu diesem Verlegenheitsbeschluß bereit gefunden haben, werden ihn lebhaft bedauern und mißbilligen.

Kleine Nachrichten.

TU **Berlin**, 22. Juni. In der Vorstellung des „Ritter Blaubart" in der Staatsoper erlitt Opernsänger Schützendorf eine schwere Ohnmacht und stürzte in ein auf der Bühne befindliches offenes Grab. Das Publikum glaubte den Vorgang zur Handlung gehörig und verhielt sich ruhig. Die Vorstellung wurde abgebrochen.

Pa. **Linteln**, 22. Juni. Der bekannte Rindviehzüchter Oekonomierat Peitsmeier, verkaufte an die Züchter Maas, Koch, Pöppelbaum und Biermann einen Jährlingsbullen, für den der ganz außerordentliche Preis von 800 000 Mark gezahlt wurde.

bb. **Eisenach**, 22. Juni. In Streda bei Eisenach wurde die Einweihungsfeier eines Heldendenkmals laut Lokalanzeiger durch die linksradikalen Elemente empfindlich gestört. Nachdem die Kommunisten beschlossen hatten, den Festzug gegebenenfalls auch mit Blutvergießen zu verhindern, wurde der Zug aufgegeben. Bei der Feier am Denkmal störten die Kommunisten die Rede des Ortsgeistlichen durch lautes Johlen. Infolge des entstandenen Tumults mußte die Feier abgebrochen werden. Die bürgerlichen Bewohner des Ortes beschlossen einstimmig, infolge des Vorfalls den Ruhestörern in Zukunft von ihren landwirtschaftlichen Erzeugnissen nichts mehr abzugeben. Die linksradikalen Arbeiter beschlossen aus Rache gegen die Bauern den Abwehrstreik.

TU **Lübeck**, 22. Juni. Wegen Lohndifferenzen stellte die Belegschaft der Ueberlandzentrale die Arbeit ein. Der gesamte Straßenbahnbetrieb muß ruhen. Die angeschlossenen Gebiete Schleswig-Holstein und Lauenburg sind ohne Licht und Kraft.

TU. **London**, 22. Juni. Ein weiterer Versuch, die Spitze des Mont Everest zu erklimmen, wurde am 3. Juni unternommen. Die Witterungsverhältnisse sollen sehr streng gewesen sein. Aus Kalkutta wird berichtet, daß General Buce eine Stelle, die wenige 100 Fuß unterhalb des Gipfels des Berges sich befindet, erreicht hat. Der Berichterstatter der Times in Tibet sagt, daß die Aussichten zum Erklimmen des Gipfels günstig sei, aber viel vom Wetter abhängen.

Kirche und Schule.

Elternbeiratswahlen in Westfalen. Großer Sieg der Christlichen, gewaltiger Rückgang der „Weltlichen" Stimmen.

In vielen Teilen Westfalens fanden am 18. Juni unter teilweiser starker Beteiligung die Elternbeiratswahlen statt. Ueberall hatten die drei sozialistischen Parteien unter der Führung der Freidenker vorher große Anstrengungen gemacht, um große Siege davon zu tragen. Alle diese Versuche sind kläglich mißlungen. Vielfach fanden sie keine Kandidaten und keine Unterschriften. An vielen Orten haben sie schon vor der Wahl die Versuche aufgegeben, da sie keine Gegenliebe erwarten konnten. So im Siegerland, im Ravensberger Land, auch in der reinen Industriestadt Langerfeld. In manchen Großstädten fand kein Wahlkampf mehr statt, weil dort seit einiger Zeit schon weltliche Systeme bestehen, so in Dortmund und in Hagen. Soweit Zahlen bisher vorliegen, ist ein gewaltiger Rückgang der sozialistischen Stimmen festzustellen. Wo sozialistische Mehrheiten vorhanden waren, sind diese gebrochen. In Herford verloren die Weltlichen 13 Elternbeiratssitze. In Lüdenscheid sank ihre Stimmenzahl von 843 (1920) auf 491. Besonders stark ist der Rückgang in Bielefeld, Haspe, Wetter. Es dürften nur ganz wenige und vereinzelte kleine Industrievorortsgemeinden geben, die eine kleine sozialistische Mehrheit haben. Bis jetzt konnte erst eine Vorortgemeinde festgestellt werden. Baak bei Hattingen hatte drei Listen aufgestellt, die Kommunisten erhielten 4, die SPD 8, die Christlichen 8 Sitze. Dagegen ist beispielsweise in Huckarde, einem Industrievorort von Dortmund, das Verhältnis der Christlichen zu den Weltlichen 8:2. In anderen gefährdeten Städten, wo die Weltlichen zu siegen hofften, ist das Verhältnis der Christlichen zu den Weltlichen folgendes: Schwelm 38:10, Haspe 40:12, Wetter 13:8, Herdecke 7:4, Hattingen 35:5, Hohenlimburg 14:12. Besonders angestrengt hatten sich die Freidenker in Hamm (vorher große Versammlungen, Plakate an den Litfaßsäulen, ständige Aufhetzung in der sozialistischen Presse). Trotzdem haben die Sozialisten in Hamm nur insgesamt 8 Sitze, denen 116 christliche Elternbeiratssitze gegenüberstehen. Bei diesen Ergebnissen sind die katholischen Schulen meist nicht mit berücksichtigt, weil in diesen nur in ganz vereinzelten Stellen Gegenlisten aufgestellt waren. Die Niederlage der sozialistischen Elternbeiratsliste kann garnicht größer gedacht werden. In Gütersloh hatte man sich vorher mit den Sozialisten geeinigt und eine Einheitsliste eingereicht. Neben den 68 Elternbeiratssitzen hatte man den Sozialisten kampflos 13 überlassen. Hätte man den Kampf aufgenommen, so wären viel weniger Sozialisten in die Gütersloher Elternbeiräte gekommen. Das Ergebnis zeigt deutlich, daß die weltliche Schule in Westfalen auch in den Industriegebieten keine Zukunft hat. Wo weltliche Schulen eingerichtet sind, haben die Sozialisten keinen Kampfeifer mehr und z. T. leiden die vorhandenen weltlichen Schulen an der Schwindsucht. Die Elternschaft Westfalens, nicht nur die katholische, sondern auch die evangelische will die christliche Schule; Elternbeiratswahlen sind demnächst noch in Bochum, Münster, Recklinghausen.

Soziales Leben.

Die vaterländischen Verbände und Reichsarbeitsminister Dr. Brauns.

In der Reichstagssitzung vom 18. Mai d. J. hat der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns es abgelehnt, den — neben den unterzeichneten vaterländischen Vereinen der Zentralstelle Vaterländischer Verbände angeschlossenen — Nationalverband Deutscher Berufsverbände als eine gemäß Art. 159 der Reichsverfassung gebildeten und mit den anderen Arbeitnehmerverbänden — Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, Deutschen Gewerkschaftsbund, Gewerkschaftsring und Polnischen Berufsvereinigung — gleichberechtigte wirtschaftliche Vereinigung von Arbeitnehmern anzuerkennen und ihn in gleicher Weise wie die vorgenannten Verbände bei der Behandlung von Arbeitnehmerfragen als gleichberechtigte Arbeitnehmervertretung zu behandeln.

Zugleich hat der Herr Arbeitsminister erklärt, daß der Koalitionszwang nicht unter allen Umständen verwerflich sei. Diese Stellungnahme des Herrn Arbeitsministers ist seitens der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei sofort, als gegen die Reichsverfassung verstoßend, zurückgewiesen worden. Sie steht mit den Artikeln 157 und 159 der Verfassung in vollem Widerspruch. Art. 159 kennt nur die Koalitionsfreiheit, aber keinen Koalitionszwang und gewährleistet vielmehr jedem Arbeitnehmer völlige Willensfreiheit, ob, wie und wann er sich koalieren will. Zudem stellt Art. 157 die Arbeitskraft noch unter den besonderen Schutz des Reiches, schützt sie also gegen jede willkürliche Beeinträchtigung.

Durch Art. 42 der Verfassung ist dem Herrn Reichspräsidenten die durch Eid geheiligte hohe Pflicht auferlegt, die Verfassung und die Gesetze

Die blaue Spur.

Detektivroman von Julius Regis.

Aus dem Schwedischen übersetzt von E. v. Kraatz.

Copyright 1917 by Grethlein & Co., G. m. b. H., Leipzig.

38) (Nachdruck verboten.)

Gallenberg nahm den Hut ab und trocknete sich den Schweiß von der Stirn, indem er immer noch auf die Reifenspur hinabstarrte.

„Mich zu holen? Wohin denn?"

„Nach einem sicheren Ort, wo Sie nichts über das Geschehene ausplaudern könnten. Am Freitag abend brachten die Herrschaften Sie in aller Eile in den Wald hinauf, um später wiederzukommen, wenn die Jagd auf den Bedienten zu Ende war. Aber mein Erscheinen und das Auftreten der Polizei in Värmdö einige Stunden später schreckte sie ab. Erst am Sonnabend morgen, als es zu regnen begann und die Landstraßen deshalb weniger belebt waren, kehrten sie hierher zurück, um Sie wegzuholen. Aber da waren Sie längst über alle Berge, da Sie schon um sechs Uhr zu sich kamen, und diese Spuren beweisbarermaßen erst nach sieben entstanden sein können."

Max Gallenberg hatte einen feuerroten Kopf bekommen.

„Wegholen!" murmelte er wütend. „Mich wegholen, wie einen Sack! Das werd' ich ihnen heimzahlen!"

Wallion blickte im Sonnenschein blinzelnd belustigt auf ihn herab.

„Wir müssen weiter, nach Lindal," sagte er.

Sie stiegen wieder ins Auto.

„Woraus schließen Sie eigentlich, daß Gonzales einen Sandsack benutzte, um Sie zu Boden zu schlagen?" fragte Beyler.

„Feiner, herausgerieselter Sand auf dem Moos, der getrocknet und durchgesickert war," erwiderte Wallion. „Und nun los!"

32.

Das Auto hatte die Värmdöer Kirche längst hinter sich gelassen und sauste an einer Reihe von Buchten vorüber, die ihre nassen Arme von rechts gegen die Landstraße ausstreckten, als Wallion halten ließ.

„Bis hierher und nicht weiter ist die Polizei gekommen," erklärte er. „Von hier aus schickte der Bediente sein Auto nach Hause und setzte seinen Weg mit Handtasche und Karte fort." Er stieg aus, und die andern folgten seinem Beispiel. Zur Rechten dehnte sich ein bewaldeter Hügel an der Straße entlang, der weiter hin in Wiesengelände überging, die sich zum steinigen Sand hinabsenkten. Kein Gebäude irgendwelcher Art war zu sehen, und auch die Landstraße lag tot und leer da. Wallion sah sich eine ganze Weile aufmerksam um und ging dann hundert Schritte weiter.

„Ich hielt mich nicht für verpflichtet, der Polizei mitzuteilen, daß Andersson die Landstraße an dieser Stelle verlassen hat," sagte er. „Das hätten sie selbst sehen müssen."

Er deutete zwischen einigen Büschen hindurch, und Gallenberg stürzte sich umgehend witternd und knurrend über die Fährte her.

„Klar wie der Tag," keuchte er lebhaft. „Sehen Sie, Herr Beyler, hier stellte er seine Handtasche hin, während er sich selbst hinaufarbeitete. Dann — ah, sehen Sie nur! — dann rannte er rasch über die Lichtung und warf sich hinter diesem Stein der Länge nach zu Boden. Da muß er irgendetwas auf der Landstraße gehört haben."

Beyler, der nicht das Geringste von all diesen Anzeichen sehen konnte, nickte sehr überzeugt.

„Ja," stimmte Wallion bei, „irgendetwas muß auf der Landstraße vorgegangen sein, aber Inez Robeiras Auto ist nicht vorübergekommen, denn das würde gehalten haben, wo Anderssons Auto gehalten hatte. Uebrigens erreichten sie die Stelle erst zwanzig Minuten später. Sobald der Weg wieder frei war, wird der Bediente vermutlich aufgestanden und über die linke Seite der Anhöhe an den Strand hinuntergegangen sein. Hier sickert eine Quelle vom Hügel hinab. Andersson sprang hinüber und hinterließ diesen deutlichen Abdruck seiner Hacken. Nun ist die Sache einfach: links welches Wiesenland, rechts eine moosbewachsene Anhöhe, und nirgends eine Spur. Folglich ist er geradeaus auf diesem harten Abhang nach der See hinuntergestiegen."

Sie schlugen rasch denselben Weg ein, und schon nach wenigen Minuten lag die See vor ihnen. Ein abfahrender Frachtdampfer entsandte eine Reihe blanker Wellenkämme gegen den Strand, dessen Klippen im Sonnenschein in photographisch scharfen Linien glänzten. Ein schwacher Steinkohlengeruch vermischte sich mit dem Fichtennadelduft.

„Dort draußen wartete ein gelbes Motorboot mit einem Mann am Steuer auf den Bedienten, der denn auch richtig an Bord ging, als ob es das natürlichste von der Welt wäre."

„Wie hast du das erfahren?" fragte Beyler.

„Dank der Liebe, die alles überwindet," erwiderte Wallion lachend.

Die beiden andern sahen ihn verblüfft an.

„Noch um elf Uhr abends saß ein Liebespärchen seufzend an der andern Seite der schilfumwachsenen Bucht," fuhr Wallion fort. „Glücklicherweise hatten sie dort getreulich und girrend seit neun Uhr zusammengesessen. Da jenes Motorboot sie dabei gestört hatte, konnten sie mir alle erforderlichen Aufklärungen darüber geben. Sie hatten es nie zuvor gesehen, und kannten auch nicht den Mann. Es ist durch den Grindafjord abgedampft, mit dem Bedienten an Bord."

Beyler und Gallenberg brachen in schallendes Gelächter aus.

„Sie sind unwiderstehlich," rief der Detektiv. „Alles — sogar die Liebe — muß Ihren Zwecken dienen!"

Maurice Wallion hörte plötzlich auf zu lachen.

„Still!" sagte er leise, aber heftig.

Die Schallwogen des Frachtdampfers waren herangerollt und spülten weißschäumend über das Strandgeröll hin. Der Detektivreporter stand mit vorgestrecktem Kopf, hörte jedoch keinen andern Laut, als die plätschernden Wellen.

„Es ist irgendetwas auf der Landzunge hinter der Klippe!" sagte er leise. „Schwärmt aus, Junggens! Wer es auch sei, wir müssen ihn zu Gesicht bekommen."

Er begann rasch und lautlos auf die Landzunge zuzugehen. Im nächsten Augenblick erscholl jenseits der Klippe ein Wutschrei, und ein Kopf tauchte auf.

„Beyler, Gallenberg! Paßt auf!" schrie Wallion.

Ein Mann in dunkelgrauem Radleranzug mit Automaske stürzte an ihnen vorüber, Gallenberg, die ihm zunächst war, stürzte sich ihm entgegen und packte ihn an der rechten Schulter.

Der Unbekannte gab keinen Laut von sich, sondern versetzte dem Detektiv mit der linken Hand einen kräftigen Stoß, so daß er losließ, um zu parieren. Wallion und Beyler rasten herbei, um ihm beizustehen.

„Gonzales!" brüllte Gallenberg und schlug ihm mit aller Kraft gegen die Brust. „Es ist Gonzales! Da hast du's für den Sandsack!"

Der andere erwiderte den Schlag durch einen blitzschnellen Stoß, der Gallenberg zappelnd zu Boden streckte. Beyler sah den Mann mit der Maske schon dicht vor sich, aber die geballten Fäuste des Journalisten trafen nur mit dumpfem Ton gegen das Leder am emporgehobenen Arm des andern, und im Nu war der Flüchtling auf und davon.

Max Gallenberg sprang auf und hob den Revolver.

„Nicht schießen!" schrie Wallion, und lief wie toll hinter dem Motorradler her.

Der Detektiv fluchte, steckte die Waffe jedoch ein. Der Flüchtling schlug mit der geübten Geschwindigkeit eines Weltläufers den Weg nach dem Wald ein, aber Wallion war dicht hinter ihm. Jetzt fingen auch Beyler und Gallenberg an zu laufen, und zwar etwas mehr nach links, um ihm den Weg abzuschneiden.

Keuchend kamen sie oben auf dem Hügel an und sahen das Auto des „Dagscurir" unten auf der Landstraße stehen. Der Chauffeur saß auf dem Trittbrett und las gemütlich seine Zeitung. Weder Wallion noch der Flüchtling waren zu sehen. Verwirrt blickten die beiden einander an.

(Fortsetzung folgt.)

des Reiches zu wahren und Gerechtigkeit gegen jedermann zu üben.

Unter Bezugnahme hierauf beehrt sich die unterzeichnete Zentralstelle vaterländischer Verbände, dem Herrn Reichspräsidenten die ergebenste Bitte zu unterbreiten, den Herrn Reichsarbeitsminister anweisen zu wollen, auch dem Nationalverband Deutscher Berufsverbände gegenüber fortan die verfassungsrechtlichen Bestimmungen genau einzuhalten und die ihm bisher vorenthaltene Gleichberechtigung mit anderen Arbeitnehmerverbänden ihm nicht mehr weiterhin zu versagen.

Da die vorbezeichnete Stellungnahme des Herrn Reichsarbeitsministers im Kreise der vaterländischen Verbände starke Erregung ausgelöst hat, würde die unterzeichnete Zentrale für eine baldige Bescheidung ganz besonders dankbar sein.

Die Zentralstelle vaterländischer Verbände:

Aufklärungsausschuß. Bayerischer Ordnungsblock. Bund Deutscher. Bund für Freiheit und Ordnung. Deutsche Vereinigung. Deutscher Frauenbund. Deutscher Wehrverein. Deutschvölkischer Schutz- und Trutz-Bund. Evangelischer Hauptverein für deutsche Ansiedler und Auswanderer. Friesen-Sachsenbund. Hindenburgehrung Jungdeutschland. Nationalverband Deutscher Offiziere. Preußenbund. Reichslandbund. Rheinischer Wirtschaftsbund. Verband Deutscher Kriegs-Veteranen. Vereinigung für staatsbürgerliche Erziehung und Bildung.

Gerichtszeitung.

Eine Anti-Kriegervereinsdemonstration in gerichtlicher Beleuchtung.

L **Bochum**, 21. Juni. Am Sonntag, 25. Sept. vorigen Jahres hatte der Kriegerverein von Bergen und Hiltrop sein Fahnenfest, zu dem benachbarte Kriegervereine eingeladen waren.

Einige Tage vor dem Feste wurde in einem linksstehenden Blatte die Tatsache kritisch beleuchtet. Die Folge war, daß es während dem Weiheakte zu einer Gegendemonstration kam, deren grobe Ausschreitungen zu einem Landfriedensbruchprozeß vor der Bochumer Strafkammer Veranlassung gaben. Von auswärts und aus den genannten Gemeinden waren mehrere Hundert Demonstranten zur Stelle, die vor dem Weiheakte die Festwiese des Landwirtes Becker besetzten. Wie in dem Prozesse festgestellt wurde, hatten Drahtzieher in der Menge die Parole ausgegeben, den Festzug der Kriegervereine zu umzingeln und die Fahnen herunterzureißen. Ein Ehrenbogen in der Gemeinde war vorher schon von Unbekannten zerstört worden. Die zur Sicherung der Ordnung herbeigerufene Schupo säuberte die Festwiese, an deren Umzäunung mehrere Teilnehmer gearbeitet hatten, um Lücken für das Hineindringen herzustellen. Dem Befehle des Hauptmanns der Schupo gegenüber erklärte der Gemeindevorsteher Breitenbach: Ich bin der Gemeindevorsteher, der Platz wird nicht geräumt. Während des Weiheaktes auf der Wiese, schimpfte, höhlte und sang die jenseits der Umzäunung stehende Menge zu dem Zwecke, die Feier zu stören. Ein Redner mußte zeitweise seine Ansprache unterbrechen. Unter dem Schutze eines Aufgebotes der Schupo konnte der Festzug der Kriegervereine nach dem Akte seinen Weg zum Festzelte nehmen, gefolgt von einer mehrhundertköpfigen Menge, aus denen fortgesetzt höhnende Zurufe ertönten. Die etwas zurückgebliebenen Wagen mit den Ehrendamen konnten nur schwierig zu dem Zuge stoßen. Als der Kraftwagen der Schupo den Schluß des Zuges sicherte, wurde gegen ihn aus der Menge ein Feldstein geworfen. In der dadurch hervorgerufenen Bestürzung hätte der Wagen leicht in die Menge hineinfahren und dadurch Unheil entstehen können. Das Pferd des Ehrenwagens wurde gegen den Kopf geschlagen, die Damen durch höhnende Schimpfworte belästigt, einige Burschen fielen dem Wagen in die Speichen, ein Mann sprang auf das Trittbrett. Ein aus der Menge geworfener Stein streifte leicht den Kutscher des Wagens. Andere forderten die Mädchen auf, auszusteigen, sonst werfe man den Wagen um. Ein Teil der demonstrierenden Menge war durch einen Seitenweg früher zum Festzelt gekommen, als der Zug der Kriegervereine. Jedoch konnte schließlich das Fest ungestört seinen Verlauf nehmen.

Wie bei fast sämtlichen solchen gewaltsamen Auftritten hielten sich die Drahtzieher der Demonstration zurück. Nur einige anscheinend Mitläufer konnten zur Verantwortung gezogen werden. Unter Anklage des Landfriedensbruches standen der Schmied Otto Schulze von Riemke und die Bergleute Waldemar Samm und Magdalinski von Bergen.

Erster Staatsanwalt Hartmann führte in seiner Anklagerede aus, die Verhandlung habe dargetan, daß das Kriegerfest gewaltsam aus politischen Motiven heraus gestört werden sollte. Der ruhigen Haltung der Festzugteilnehmer und dem maßvollen Auftreten der Schupo sei es zu verdanken, daß es nicht noch zu gröblicheren Ausschreitungen gekommen sei. Gegen die Mädchen habe man sich roh benommen. Durch solche üble Ausschreitungen habe die Menge die Sache, der sie dienen wollte, nur geschädigt, was auch der Verteidiger R.-A. Dr. Rawitzki betonte. Das Gericht hielt die Zusammenrottung einer Menge für dargetan. Es rechnete den Angeklagten zu Gute, daß es durch das Verdienst der Festzugteilnehmer und der Schupo nicht zu schweren Ausschreitungen gekommen ist. Es verurteilte sämtliche Angeklagten wegen Landfriedensbruchs zu der Mindeststrafe von je 3 Monaten Gefängnis. Bei dem straflosen Vorgehen der Angeklagten ließ es Strafaussetzung eintreten mit einer Bewährungsfrist von 3 Jahren und bei Zahlung einer Geldstrafe von je 6000 Mark.

Aus den Provinzen.

TBO. **Dortmund**, 22. Juni. Neue Industrieanlage. In Ellinghausen bei Deusen wird, wie man dem Dortmunder Generalanzeiger schreibt, der Bau eines neuen Hüttenwerkes geplant. Damit im Zusammenhang wird in Dortmund-Huckarde ein großer Rangierbahnhof angelegt werden. Das Ganze soll eine Vergrößerung der Dortmunder Union darstellen. Mehrere große Bauernhöfe sind für den Zweck schon angekauft worden; mit anderen Besitzern schweben noch Verhandlungen.

* **Dortmund**, 21. Juni. Stadtverordneten-Sitzung. Vor Eintritt in die Tagesordnung der letzten Stadtverordnetensitzung gab der Vorsteher den Beschluß des Bezirksausschusses bekannt, wonach die auf Antrag der Sozialdemokraten beschlossene Bevorzugung der Konsumvereine und Genossenschaften in Bezug auf die Gewerbesteuer nicht genehmigt worden ist. Ein Nachtragentwurf zu den Satzungen der städtischen Sparkasse erregte auf verschiedenen Seiten Bedenken, die dadurch hervorgerufen wurden, daß der Einlagezinsfuß der städtischen Sparkasse den jetzigen Verhältnissen nicht mehr entspreche. Der Nachtrag wurde dann angenommen. Ebenso der Magistratsantrag über Deckung der Unterhaltungskosten der Berufsschulen, wozu von den Arbeitgebern Beiträge erhoben werden. Die Magistratsvorlage über die Einstellung eines Heizungsbetriebsingenieurs und zweier Heizungsprüfer beim Maschinenamt unter Beschaffung eines Beiwagenrades zur Ausführung der Tätigkeit dieser Angestellten unter Aufwendung von insgesamt Mk. 274 000 wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. — Für den Umbau der früheren Löwenbrauerei in eine Markthalle wurden in geheimer Sitzung 7 800 000 Mark bewilligt.

TBO. **Wetter**, 21. Juni. Fischvergiftung. Nach dem Genuß eines geräucherten Schellfisches ist hier die Ehefrau Christian Zahn unter Vergiftungserscheinungen erkrankt. Trotz sofort angewandter Gegenmittel ist die Frau gestorben.

TBO. **Brilon**, 21. Juni. Zwei Knaben vom Zuge getötet. Auf der Eisenbahnstrecke zwischen Brilon und Paderborn wurden zwei Knaben im Alter von 6 und 8 Jahren von einem Zuge überfahren und auf der Stelle getötet.

TBO. **Detmold**, 22. Juni. Anmaßung. Drei englische Offiziere, die mit einem Auto vorfuhren, verlangten in einem hiesigen Hotel Zimmer. Der Wirt gab ihnen zu verstehen, daß sie nur noch im dritten Stock unterkommen könnten, da das Haus mit Kranken vollständig besetzt sei. Die Engländer verlangten daraufhin die sofortige Beschaffung von Zimmern im ersten Stock. Als der Wirt das verweigerte, wandten sie sich an das Bürgermeisteramt und an die Polizeibehörde. Beide Behörden lehnten aber ein Eingreifen selbstverständlich ab.

w. **Essen**, 22. Juni. Der Verein für Luftfahrt im Industriegebiet veranstaltete vom Füllplatz Altenessen eine Probefahrt mit dem Freiballon „Glück ab", der auf annähernd das doppelte vergrößert wurde, um ihn für wissenschaftliche Hochfahrten verwenden zu können. Die siebzehnstündige Fahrt, die am Montag abend 8 Uhr begann, endete bei Würzburg und lieferte den Beweis für die Brauchbarkeit des Ballons.

TBO. **Elberfeld**, 21. Juni. Protest gegen den Viehwucher. Ebenso wie in Frankfurt und Essen sind hier die Metzger in einen Käuferstreik eingetreten, als ihnen von den Viehhändlern für Schweine ein Lebendgewichtspreis von 54 Mark pro Pfund abverlangt wurde.

* **Heiligenhaus**, 22. Juni. Eine neue Tropfsteinhöhle wurde bei Heiligenhaus im Bergischen Lande entdeckt. Sie liegt in den Kalksteinbrüchen an der Hofermühle und wurde bloßgelegt durch die üblichen Sprengungen. Die Tropfsteinhöhle weist wunderschöne Bilder von Zapfen- und Säulenbildungen auf. Sie hat einen breiten, mehrere Meter umfassenden Eingang.

* **Köln**, 22. Juni. Kölner Dom-Ausstellung. Das Jubiläum der Fertigstellung des Domes kann im September dieses Jahres gefeiert werden. Unter dem Vorsitz des Domprobstes soll dann gleichzeitig eine Ausstellung veranstaltet werden, die möglichst restlos das erreichbare Material an Urkunden, Drucken, Plastiken und anderen Kunstwerken, die zum Dom und seiner Geschichte Beziehung haben, zeigt.

Letzte Nachrichten und Drahtmeldungen.

Der Rapallovertrag im Reichsrat angenommen.

TU Berlin, 23. Juni. Der Reichsrat nahm in seiner gestrigen Sitzung nach einem kurzen Vortrage des Referenten den Rapallovertrag mit Rußland ohne Debatte an.

TU. **Berlin**, 23. Juni. Der Reichsrat hielt am Donnerstag eine öffentliche Sitzung ab; angenommen wurde u. a. ein Gesetzentwurf über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse. Die Vorlage wurde dem zuständigen Ausschuß überwiesen. — Mit der Ausprägung von weiteren 20 Millionen Zehnpfennigstücken erklärte sich der Reichsrat einverstanden. Angenommen wurde ein Gesetzentwurf über Ausgabe und Einlösung von Notgeld. Legationsrat v. Eckhardt vom auswärtigen Amt legte fünf neue Abkommen mit Polen vor. Sie sollen auf die Tagesordnung der nächsten Plenarsitzung am Montag gesetzt werden.

Das Reichskabinett beschäftigte sich in gestriger Sitzung mit dem zwischen dem deutschen Gesandten Eckhardt und dem polnischen Minister Seyda abgeschlossenen deutsch-polnischen Amnestievertrag. Ein entsprechender Gesetzentwurf wird in der Plenarsitzung am Montag zur Verhandlung kommen.

Die Aussprache des Reichskanzlers mit den Parteiführern über die Wahl des Reichspräsidenten wird voraussichtlich heute oder morgen stattfinden.

Die Zwangsanleihe im Steuerausschuß.

w Berlin, 22. Juni. § 1 des Gesetzes betreffend die Zwangsanleihe wurde mit dem Zusatz, der die Zwangsanleihe auf 80 Milliarden Papiermark festsetzt, vom Ausschuß angenommen. Die §§ 2 und 3 wurden nach dem Wortlaut der Regierungsvorschlag ebenfalls angenommen. Hiernach beträgt der Zeichnungspreis der Zwangsanleihe 100 vom Hundert des Nennwertes. Ueber die Zwangsanleihe werden Schuldverschreibungen auf den Inhaber ausgegeben. Eintragungen in das Reichsschuldbuch sind ausgeschlossen. Zu § 4 wurde ein Antrag Dr. Becker-Hessen (D. V.) angenommen, wonach der Paragraph festsetzt, daß die Zwangsanleihe bis zum 31. Oktober 1925 unverzinslich ist, vom 1. November 1925 an bis zum 31. Oktober 1930 in Höhe von 4 Prozent und vom 1. November 1930 an in einer Höhe von 5 Prozent jährlich verzinst wird. Die Regierungsvorlage hatte ursprünglich nur 2½ resp. 4 Prozent zugebilligt. Die Zinsen werden halbjährlich, am 1. Mai und am 1. November, erstmals am 1. Mai 1928 fällig. Nach Erledigung dieses Paragraphen vertagte sich der Ausschuß.

Aus den Reichsausschüssen.

w **Berlin, 23. Juni. Der Reichstagsausschuß für Sozialpolitik erledigte den Gesetzentwurf über die Arbeitszeit im Steinkohlenbergwerken. Der Entwurf macht die tarifliche Regelung der Arbeitszeiten zur gesetzlichen Grundlage in der Weise, daß auch die durch allgemeine verbindliche Tarifverträge jetzt geltenden regelmäßigen täglichen Arbeitszeiten nicht erhöht werden können.**

Der volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages setzte die Beratung des Gesetzentwurfes über die Getreideumlage fort. In der allgemeinen Aussprache wurde beschlossen, die gesamten Fragen dem Unterausschuß zu überweisen.

Im Beamtenausschuß des Reichstages teilte Regierungsrat von Hagenow mit, daß das Kabinett gestern beschlossen habe, der Not der Beamten Rechnung zu tragen und die Bezüge für Juli am 24. Juni auszahlen zu lassen. Der preußische Finanzminister hat dieselbe Anordnung getroffen. Es sei anzunehmen, daß die übrigen Länder folgen werden.

Die Länder als Gegner der Rettung der Zeitungen.

Wtb. **Berlin**, 23. Juni. Das Nachrichtenbüro des Vereins deutscher Zeitungsverleger verbreitet folgende Mitteilung:

Unter der Ueberschrift: „Die Länder als Gegner der Rettung der Zeitungen" ist uns folgende Mitteilung zugegangen:

Nachdem Reichstag und Reichsregierung von der Notwendigkeit überzeugt sind, durch Maßnahmen der allgemeinen und wirtschaftlichen Notlage der Zeitungen entgegenzutreten, nachdem ein Gesetzentwurf, der zweifellos die Zustimmung des Reichstages finden wird, im Kabinett fertiggestellt worden ist, wird aus rein bureaukratischen Bedenken heraus von den Ländern die ganze Aktion durchkreuzt. Da mit dem Beginn der Reichstagsferien ein Stillstand in den gesetzgeberischen Arbeiten eintreten wird, wird dadurch ein weiter Kreis der Zeitungen der Not und dem Sterben ausgeliefert. Die gesamte deutsche Presse und mit ihr die Oeffentlichkeit werden zweifellos mit aller Energie Einspruch dagegen erheben, daß die Länder in Verfolgung von Sonderinteressen die Belange der Gesamtheit des deutschen Volkes, dem eine wirtschaftlich unabhängige Presse dient, außer Acht lassen.

Streikstimmung im Berliner Bankgewerbe

TU. **Berlin**, 23. Juni. Im Berliner Bankgewerbe bereitet sich anscheinend eine sehr ernste Krisis vor. Bekanntlich war für die Bankangestellten ein Schiedsspruch gefällt worden, der die Gehälter für Juni festsetzte. Dieser Spruch wurde vom Reichsverband der Bankleitungen angenommen, jedoch von allen Bankangestellten-Organisationen abgelehnt. Dadurch ist ein vertragsloser Zustand eingetreten. Es sind neue Verhandlungen aufgenommen worden, der Verband der Bankleitungen ist jedoch nur bereit, die im Schiedsspruch vorgesehenen Gehälter zu zahlen. Die Organisationen der Angestellten beraten über die weiteren Maßnahmen. Kommt es zu keiner Einigung, so dürfte mit einem harten Kampf zu rechnen sein.

Die Räumung Oberschlesiens.

Wtb. **Beuthen**, 23. Juni. In Leobschütz wurde gestern vormittag auf dem Hause des Kreiskontrolleurs die deutsche Flagge gehißt, nachdem die Fahne der Alliierten gesenkt war. Die Besatzungstruppen marschierten darauf aus Leobschütz ab. Heute werden die Räumungsmaßnahmen in der zweiten Zone beendet sein. Das deutsche Reichswehr-Reiterregiment Nr. 11 rückt um 11 Uhr in Leobschütz ein. Heute beginnen die Räumungsmaßnahmen in der 3. Zone, in der Rosenberg und Teile von Lublinitz und Beuthen-Land liegen. Sonntag, 25. Juni, ist Flaggenwechsel und Abmarsch der Besatzungstruppen. Am 26. Juni ziehen die deutschen Truppen in Rosenberg ein. Der 25. Juni ist gleichzeitig der erste Tag der Räumungsmaßnahmen.

Baden gegen die Reichsregierung.

TU **Karlsruhe**, 23. Juni. In der gestrigen Landtagssitzung teilte der Landesfinanzminister Köhler mit, daß er das Gehalt als Präsident des Landesfinanzamtes, das bisher von ihm verwaltet wurde, zurückgewiesen habe, weil der Reichstag beschlossen habe, die Bezüge für die Stellen, mit denen eine Personalunion besteht, nur noch zu einem Zehntel zu bewilligen. Die badische Regierung hat sich beschwerdeführend an das Reichsfinanzministerium gewandt, aber bis zum 19. Juni keine Antwort erhalten. Daraufhin hat die badische Regierung beschlossen, das Amt des Chefpräsidenten der Reichsregierung zur Verfügung zu stellen. Minister Köhler bemerkte dazu noch, infolge der eigenartigen Haltung der Berliner Regierung gegenüber dem Süden sei es verständlich, daß in Süddeutschland der föderative Gedanke immer festeren Fuß fasse.

Litwinoff über Rußlands Lage.

TU. **Riga**, 23. Juni. Die Sowjetdelegation für den Haag besteht aus Litwinoff, Sokolnikow und 16 Beamten. Sie ist gestern auf der Durchreise hier eingetroffen. Krassin und Rakowskt werden in den nächsten Tagen erwartet. Litwinoff äußerte sich in einem Gespräch über die Haager Konferenz, die russische Politik werde im Haag ebenso wie in Genua auf Verständigung gerichtet sein. Auch die weltpolitische Lage sei im wesentlichen dieselbe. Einige Ereignisse verdienten besonders erwähnt zu werden: 1. Die Erfolge der inneren Anleihe, die bis jetzt 20 Millionen Goldrubel ergeben habe; zweitens sind die günstigen Ernteaussichten, besonders die in Westsibirien, im Ural und im Wolgagebiet mit 30 Prozent Mehrertrag gegenüber dem Vorjahre zu erwähnen. Rußland wird im laufenden Jahre jedenfalls ohne ausländische Hilfe auskommen. Sodann beweist die Abrüstungsnote an die Randstaaten und Polen, daß man auf russischer Seite den ernsten Willen habe, den in Genua vertretenen Standpunkt in die Tat umzusetzen. Rußland sei bereit, trotz der Bedrohung seiner Grenzen im fernen Osten und von Armenien her, seine Armee auf die Hälfte zu reduzieren. Es erwartet aber endlich das Zustandekommen einer großen Anleihe.

Zu den Unterschleifen in Tempelhof.

w. **Berlin**, 23. Juni. Zu der in den Tageszeitungen gebrachten Nachricht über die Unterschleife in der Eisenbahnhauptwerkstätte in Tempelhof teilt die Eisenbahndirektion Berlin mit: Es trifft zu, daß bei der genannten Werkstätte Unterschlagungen in wertvollen Materialien, wie Kupfer, Kunstleder usw. in erheblichem Umfange verübt worden sind, die sich nach den bisherigen Ermittlungen auf mehrere 100 000 Mark belaufen. Neun Eisenbahnbedienstete, von denen sieben verhaftet wurden, sind als Beteiligte festgestellt. Die Untersuchung wird mit größter Beschleunigung weitergeführt.

Kommunistisches Mordgesindel.

TU. **Memel**, 23. Juni. Zwischen Stoden und litauisch Krottingen an der memel-litauischen Grenze tauchte eine 50köpfige kommunistische Räuberbande auf, die die ganzen Besitzungen niederbrannte und die Einwohner ermordete. Da es der Polizei nicht gelang, die in den Wäldern gut verschanzten Räuber aufzutreiben, wurde litauisches Militär aufgeboten, das die Wälder absuchte und die Räuber in einer regelrechten Schlacht überwältigte. Die Banditen flüchteten nach Lettland. 22 wurden gefangen genommen, drei auf der Flucht erschossen.

Verheerendes Großfeuer in Baden.

w. **Mosbach**, 23. Juni. Ein verheerendes Großfeuer zerstörte gestern abend das neuerbaute Getreidelagerhaus der Mosbacher Volksbank, in dem neben Getreidevorräten hauptsächlich große Vorräte an Kunstdünger sich befanden. Da dieser Dünger aus Oppau stammte, verbreitete sich bald das Gerücht, daß in Mosbach ein zweites Oppau entstehen könnte. Die Feuerwehr ging infolgedessen mit großer Vorsicht zu Werke. Außer einigen landwirtschaftlichen Maschinen konnte nichts gerettet werden. Das Lagerhaus, das morgens noch brannte, ist völlig zerstört. Der Schaden beträgt sechs bis acht Millionen Mark.

Die deutschen Kampfspiele.

s. **Berlin**, 23. Juni. Die gestrigen Zwischenrundenspiele hatten folgendes Ergebnis:

Westdeutschland gegen Berlin 2:0.
Süddeutschland gegen Mitteldeutschland 1:0.

bb. **Berlin**, 23. Juni. Die B. Z. meldet: Gestern abend raubten Einbrecher aus der Wohnung eines Rentiers am Kurfürstendamm in dessen Abwesenheit Schmucksachen, Kleider und Pelze im Werte von etwa 1½ Millionen Mark. Vorher lockten die Diebe das Dienstmädchen durch einen fingierten telephonischen Auftrag aus der Wohnung.

bb. **Berlin**, 23. Juni. Der „Vorwärts" berichtet: Karl Kautsky ist plötzlich an einem Augenleiden erkrankt, das einen sofortigen operativen Eingriff an einem Auge notwendig machte. Die Operation verspricht guten Erfolg.

bb. **Berlin**, 23. Juni. In Clausthal-Zellerfeld ereigneten sich der „Roten Fahne" zufolge, blutige Zusammenstöße anläßlich einer von der Deutschen Volkspartei veranstalteten Sonnenwendfeier. Die Arbeiterschaft veranstaltete eine Gegendemonstration, die zu einem Zusammenstoß mit den Teilnehmern an der Feier führte. Auf beiden Seiten gab es viele Verletzte.

w. **Offenburg**, 23. Juni. Die Offenburger Staatsanwaltschaft hat gegen das freisprechende Urteil in dem Prozeß gegen Kapitänleutnant a. D. von Killinger Berufung eingelegt.

w. **Suhl**, 23. Juni. Gestern abend wurde zwischen Oberhof und Veilchenbrunnen ein Fabrikant in Gegenwart seiner Frau und seiner Tochter überfallen. Der Frau und der Tochter wurden die Handtasche entrissen. Als der Mann um Hilfe rief, erschoß ihn ein Räuber. — Nach einer Meldung des Waldboten ist der in Oberhof Erschossene der aus Chemnitz stammende 69jährige Margarinefabrikant Franz Niescher.

w. **London**, 23. Juni. Feldmarschall Sir Henry Wilson wurde gestern nachmittag auf seinem Landsitz bei London von zwei Männern erschossen. Beide Mörder wurden verhaftet.

TU. **Newyork**, 23. Juni. Nach einer aus Peking eingetroffenen Meldung aus Kanton ist Sunyat-Sen von den Vereinigten chinesischen Streitkräften gefangen genommen worden und wird auf einem chinesischen Kreuzer in Verwahrung gehalten.

Verantwortlich: Für Politik: Ernst Renner für Feuilleton und Lokales: Willi Lindner; für Handel Sport und Letzte Nachrichten: i. V.: Willi Lindner; für „Feierstunden" und den übrigen Textteil: Julie Schwinck für Inserate und Reklamen: Eugen Wolff sämtlich in Bochum.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Die Verlobung
ihrer Tochter Margarethe mit dem vereideten Landmesser Herrn Wilhelm Stech beehren sich bekannt zu geben

H. Aug. Stracke und Frau
Lina geb. Wiesmann

Bochum, im Juni 1922 Kortumstr. 14

Meine Verlobung
mit Fräulein Margarethe Stracke beehre ich mich anzuzeigen.

Wilhelm Stech.

Bochum 7, im Juni 1922 Wasserstr. 20

Stadt Bochum

Polizeiverordnung
betreffend die öffentlichen Anschlagsäulen und -Tafeln.

Auf Grund der §§ 5 und 6 des Gesetzes über die Polizeiverordnung vom 11. März 1850, der §§ 143 und 144 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 und des Reichsgesetzes vom 21. 12. 21, betr. Erweiterung der Geldstrafen, wird unter Zustimmung des Magistrats für den Umfang der Stadtgemeinde Bochum folgende Polizeiverordnung erlassen:

§ 1. Das Anbringen von Plakaten an anderen Stellen als an den öffentlichen Anschlagsäulen und -Tafeln ist verboten. Die Standorte der Anschlagsäulen und Tafeln sind in dem nachstehenden Verzeichnis angegeben. Die Standorte der nach Bedarf späterhin neu aufzustellenden Säulen und Tafeln werden bekannt gemacht.

§ 2. Nur die vom Magistrat dazu bestimmten Personen bezw. der bekannt zu machende Wächter der Säulen und Tafeln sind zum Anbringen der Plakate an den öffentlichen Anschlagsäulen u. -Tafeln berechtigt.

An den Anschlagsvorrichtungen dürfen Zettel von derjenigen roten Farbe, die bei den Bekanntmachungen der Behörden üblich ist, zu anderen Zwecken nicht verwendet werden.

§ 3. Die mutwillige oder fahrlässige Beschädigung, die Verunreinigung, sowie das Besteigen und Bewerfen der Anschlagsäulen und -Tafeln und das unbefugte Abreißen, Vernichten oder Beschmutzen der daran angebrachten Plakate ist verboten.

§ 4. Diese Polizeiverordnung tritt am Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft. Gleichzeitig werden die Polizeiverordnungen vom 7. Mai 1883 und 20. September 1901 betreffend die öffentlichen Anschlagsäulen, der Absatz 1 des § 54 der Straßenpolizeiverordnung vom 1. März 1894, sowie die Polizeiverordnung betreffend die öffentlichen Anschlagsäulen und -Tafeln vom 13. November 1921 aufgehoben.

§ 5. Uebertretungen der vorstehenden Bestimmungen werden, soweit nicht sonstige weitergehende Strafbestimmungen Platz greifen, mit einer Geldstrafe bis zu 300.00 M. oder im Unvermögensfalle mit verhältnismäßiger Haft geahndet.

Bochum, den 14. Juni 1922.

Die staatliche Polizeiverwaltung:
Der Polizeidirektor: Stühmeyer.
Die Stadtpolizeiverwaltung:
Der Oberbürgermeister: Graff.

Verzeichnis der Standorte der Anschlagsäulen und -Tafeln.

1. Anschlagsäulen.

1. Wilhelmsplatz,
2. Neumarkt,
3. Moltkemarkt,
4. Baarenplatz (Kosthaus Stahlhausen),
5. Kaiser-Friedrich-Platz,
6. Bismarckplatz,
7. Ecke Herner- und Bödestraße,
8. Ecke Ferdinand- und Wittenerstraße.

2. Transformatorensäulen.

1. Ecke Herner- und Poststraße,
2. Bierhausstraße,
3. Marthastraße,
4. Schmechtingstraße,
5. Von-der-Recke-Straße,
6. Robertstraße,
7. Schulte-Vieting,
8. Ottostraße,
9. Steinstraße,
10. Bülowplatz,
11. Friederikastraße,
12. Stein- und Wasserstraße (Altenbochum).

3. Anschlagtafeln.

Bezeichnung der Gebäude, der Fläche, der Straße und des Platzes.

1. Städtische Badeanstalt, Marienstraße.
2. Freistehend an Stützen, Ecke Brüder- und Südhellwegstraße,
3. Haus Nr. 25, Castroperstraße,
4. Haus Nr. 52, Ecke Thomas- und Brückstraße,
5. Städtisches Rathaus, Mühlenstraße,
6. Verputzte Fläche an der Harmoniestraße,
7. Freistehend an Stützen, Bauplatz, Bongardstraße 1—3,
8. Giebelwand, Roonstr. 52 und Ecke Kl. Roonstr.,
9. Städtisches Verwaltungsgebäude, Mauer, Trankasse,
10. Giebelwand, Wiemelhauserstraße 85,
11. Freistehend an Stützen, Hattinger Straße, Ecke Clemensstraße,
12. Freistehend an Stützen, Kaiserstraße 52,
13. An der Mauer, Helenenstraße 3,
14. Freistehend an Stützen (Doppeltafel), Ecke Königsallee und Ottostraße.

Polizeiverordnung.

Auf Grund der §§ 5 und 6 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (G. S. S. 265) und der §§ 143 und 144 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G. S. S. 195) wird nach Beratung mit dem Gemeindevorstand folgende Polizeiverordnung zur Regelung des Verkehrs auf den Viehmärkten der Stadt Bochum erlassen.

§ 1.

Das Aufstellen von Wagen irgend welcher Art ist auf dem Pferdemarktplatz und den anschließenden Straßen verboten. Die Wagen dürfen nur auf den von der Polizeiverwaltung bestimmten Plätzen aufgestellt werden.

§ 2.

Die Aufstellung des Viehs in den Marktständen pp. darf nur nach Anweisung der Polizei- bezw. Marktbeamten erfolgen.

Das Vieh ist mit festen Stricken anzubinden.

§ 3.

Auf dem Viehmarkte und den anschließenden Straßen dürfen alle Fuhrwerke nur im Schritt fahren. Kraftfahrzeuge haben so langsam und vorsichtig zu fahren, daß das Fahrzeug jederzeit sofort zum Halten gebracht werden kann.

§ 4.

Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden mit Genehmigung des Regierungs-Präsidenten mit Geldstrafe bis zu 300 Mark, an deren Stelle im Unvermögensfalle entsprechende Haft tritt, bestraft.

§ 5.

Vorstehende Polizeiverordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Bochum, den 24. November 1921.

Die Stadtpolizeiverwaltung.
Der Oberbürgermeister:
Graff.

Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.

Auf Grund der §§ 17 ff. des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (R. G. Bl. S. 519) wird hierdurch mit Genehmigung des Regierungspräsidenten in Arnsberg für die öffentlichen Vieh- und Pferdemärkte im Stadtbezirk Bochum folgendes bestimmt:

§ 1.

Die Vieh- und Pferdemärkte der Stadt Bochum werden auf dem eingefriedigten Moltkeplatz abgehalten.

§ 2.

Die Märkte beginnen in den Monaten April bis einschließlich August um 7 Uhr vormittags und in den übrigen Monaten um 8 Uhr vormittags.

Der Auftrieb hat bis 11 Uhr vormittags zu erfolgen.

§ 3.

Das Marktvieh darf dem Markt nur durch die beiden Eingänge von der Königstr. und Sedanstr. her zugeführt werden. So lange der Zutrieb dauert, darf Vieh nur durch den Ausgang zur Sedanstr. abgetrieben werden.

§ 4.

Alle den Märkten zugeführten Tiere unterliegen bei der Ankunft der Untersuchung des Kreistierarztes oder seines Stellvertreters. Die Untersuchung der Pferde wird an den beiden Eingängen zum Markt vorgenommen. Vor der tierärztlichen Untersuchung dürfen sie nicht zum Verkaufsstand geführt werden.

§ 5.

Der gewerbsmäßige Handel mit Pferden und sämtlichem Klauenvieh ist an den Markttagen am Marktort außerhalb des Marktplatzes verboten.

§ 6.

Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden gemäß § 76 des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 bestraft.

Bochum, den 24. November 1921.

Der Oberbürgermeister:
Graff.

Amt Werne.

Bekanntmachung.

Die hiesige Gemeindevertretung hat unterm 1. Juni 1922 beschlossen, die Marktstraße zu kanalisieren und die Anlieger zu den ortsstatutarischen Kanalbeiträgen und den Anschlußkosten heranzuziehen. Gemäß dem Ortsstatut vom 8. Juli 1897 und dem Nachtrage dazu vom 10. November 1921 betragen die Beiträge für den lfdm. Grundstücksfront 70.— Mark.

Der vorerwähnte Gemeindebeschluß, das Ortsstatut, sowie der Plan der Veranstaltung nebst Berechnung liegen gemäß § 9 des K.-Abg.-Ges. vom 24. ds. Mts. ab 4 Wochen lang auf dem hiesigen Bauamt zur Einsicht offen.

Einwendungen gegen die Heranziehung sind während der Offenlegungsfrist bei dem unterzeichneten Gemeindevorstande anzubringen.

Werne, den 21. Juni 1922.

Der Gemeindevorsteher. J. V. Lüke.

Jagdverpachtung.

Die Verpachtung der Jagd in dem gemeinschaftlichen Jagdbezirke Hattingen-Ruhr soll auf die Dauer von 6 Jahren, beginnend mit dem 16. August 1922,

am Donnerstag, den 6. Juli 1922, vorm. um 11 Uhr, zu Hattingen-Ruhr (Ratskeller)

öffentlich meistbietend erfolgen.

Die Bedingungen können im Rathause, Zimmer 20, eingesehen werden; sie werden auch im Termin bekannt gegeben.

Hattingen-Ruhr, den 19. Juni 1922.

Der Jagdvorsteher: Keller, Bürgermeister.



Was st du ne guode Büxe kaupen?
Dann mast du noh't Baukumer Buxenhus koupen!

Bochumer Hosenhaus
A. Kurze, Hernerstraße 6
Haltestelle Kortländer, Linie 2 und 6. Fernruf 2185.

Nach langem, schwerem Leiden wurde gestern morgen 11¼ Uhr meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester und Tante

Katharina Liebert

geb. **Marth**

im eben vollendeten 62. Lebensjahre durch einen sanften Tod erlöst.

In tiefer Trauer
Karl Liebert
Walter Liebert
Otto Liebert
Elly Liebert geb. **Kramer.**

Werne und Langendreer, den 21. Juni 1922.

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 24. Juni, nachm. 8 Uhr vom Trauerhause, Werne, Kampstr. 16a aus statt.

Bochumer Krieger- u. Landwehr-Verein
Bezirk 3.

Sonntag, den 25. Juni 1922, vormittags 11 Uhr im Vereinslokale (Wirt W. Leist, Alleestraße)

Bezirks-Versammlung

Der Vorstand.

Gottesdienst i. d. Synagoge

Freitag Abend 7 Uhr.
Samstag Morgen 9¼ Uhr.
Parmitzwah und Neumondverkündigung.
Samstag Abend 9⁰⁰ Uhr.

Familien-Nachrichten

Geboren: Ein Knabe: Fritz Korthals, Gersdorf. Hermann Otto, Bendorf. Ein Mädchen: Otto Thöne, Hattingen, Studienrat Philipps, Gelsenkirchen.

Vermählte: Paul Rose mit Anni Freystadt, Dortmund, Georg Lappe mit Katharine Brieden, Hamm, Emil Kraemer mit Doris Scholte, Duisburg, Rudolf Winckler mit Ilse Brandt, Düsseldorf, Wilhelm Wiegand mit Hildegard Andereyer Duisburg.

Gestorben: Lehrer Johannes Tinnefeld Wattenscheid, Johann Praas, 58 J., Wattenscheid, Max Schwenke, 40 J., Hamm, Frau Ebert, 65 J., Baden-Baden, Aug. Falz, 53 J., Duisburg, Heinrich Lings, 71 J., Wattenscheid, Frau Therese Strunck geb. Sytekermann, 57 J., Gelsenkirchen.

Fluchtlinienfestsetzung

Der von den städtischen Behörden unter Zustimmung der Ortspolizeibehörde genehmigte Fluchtlinienplan der Herner Straße — innerhalb der Gemarkung Hofstede — ist gemäß § 8 des Gesetzes vom 2. Juli 1875 betr. die Anlegung und Veränderung von Straßen und Plätzen pp. förmlich von uns festgestellt worden.

Der Plan liegt von **Montag, den 26. Juni d. Js.,** ab 14 Tage lang im Vermessungsamt, Trankgasse 7a, Eingang B Zimmer 43, während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht offen.

Bochum, 14. Juni 1922.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Als zugelaufen wurde am 13. August vor. Js. **ein Schäferhund** angemeldet. Besitzansprüche können bis zum 19. Juli 1922 vormittags 11 Uhr bei der Polizeibehörde hierselbst geltend gemacht werden.

Altenbochum, den 21. Juni 1922.

Die Polizei-Verwaltung.

Fleischverteilung.

Am Sonnabend, den 24. Juni 1922 wird auf der Freibank des städt. Schlachthofes für die eingetragenen Kunden minderwertiges Rindfleisch verkauft. Es erhalten Fleisch die Nummern von: 501—Ende von morg. 7—9.

Das Warenausweisheft ist mitzubringen.

Die Schlachthofdirektion.

1 Tiefbauherd
1 2tür. Kleiderschrank
1 Küchenschrank
preiswert zu verkaufen
Frau Ratajczak
Eickel, Herzogstraße 7.

Ein Schlager

für jeden Pfeifenraucher:
nur garantiert echte, reine Tabake. — Beziehen Sie direkt von der Fabrik,

Sie ersparen viel Geld!

Zur Probe 100 Gramm einer Sorte. — 400 Gramm als Musterpostsendung sind am billigsten. 8122



Viele tausende Nachbestellungen und Anerkennungen!

Es kosten versteuert in 100- oder 500-Gramm-Packung:
Grobschnitt p. Pfd. 35.— 48.— 53.— u. 60.— M.
Mittelschnitt p. Pfd. 50.— 55.— 62.— u. 66.— M.
Zigarettentabak Haarschnitt in 50- oder 100-Gramm-Packung, ... per Pfund 120.— u. 144.— M.
gegen Nachnahme, Packung frei, Von 6 Pfund an portofrei. Preisliste franko u. gratis. Preisänderung jederzeit vorbehalten.

Rauchtabak-Fabrik „Weltruf" Emil Köller,
Bruchsal 522, Baden.
Eingerichtet mit den modernsten Spezialmaschinen für Tabakfabrikation.

ARNOLD
Staatliche Lotterie-Einnahme
Bochum, Bahnhofstraße 23
Ziehung der **1. Klasse** schon Dienstag, 27. Juni
Losewahl aus verschiedenen Nummernfolgen und in allen Teilungen bis zu Doppel-Losen.
Lotterie-Beratung

Vereinigte Stadttheater Bochum-Duisburg.
Freitag, 23. Juni, 7—10 Zum ersten Male! Außer Miete
„Die Fledermaus"
Komische Operette in 3 Akten nach Meilhac und Halévy. Musik von Johann Strauß.
Samstag, 24. Juni, 7—10 Zum letzten Male!
D. 31.
„Das Käthchen von Heilbronn"
B. V. B. I 501—600 u. II 1—25

Neues Operetten-Theater
Bochum
Rottstr. 29 Tel. 534
Heute Freitag, 23. Juni, abds. 8 Uhr
Zum ersten Male
Hans Huckebein
oder
Ein Abenteuer in Ostende
Schwank in 3 Akten.

S. G. V.
Abt. Bochum (E. V.)
Samstag, 24. Juni 1922, abends 8½ Uhr
Denkenbergfeier
(mit Leuchtfeuer).
Nachmittags Einzelwanderungen nach Stiepel, im übrigen gemeinsamer Abmarsch mit den Dortmunder Wanderern um 7½ Uhr abends ab Haltestelle Steinstraße.
Frisch auf! Der Vorstand.

Grosse Posten
evangelisch.
Gesangbücher
angekommen.
Dauerhafte und vornehme Ledereinbände.
Grösste Auswahl und billigste Preise.
Der Name wird gratis eingedruckt.
Mummeltheysche Zentralbuchhandlung
Bochum
Obere Marktstraße 31.
Telefon 3968.

Tonhalle
Heute, Freitag
der vor 14 Tagen infolge Transportschwierigkeiten nicht eingetroffene, nun mit Riesenspannung erwartete
Sitten-Film
Auf den Spuren des weissen Sklavenhandels
I. Teil
Durch Schimpf und Schande.
6 Riesen-Akte 6 große Akte
Dramatisches Lebensbild in 2 Teilen und 12 Akten, von denen der erste Teil heute, der zweite Teil am kommenden Dienstag zur Vorführung gelangt.
Aufführungszeiten:
4 Uhr | 6¼ Uhr | 8½ Uhr
Die rätselhafte XII.
Eine merkwürdige Filmgeschichte in 5 Akten.

Kaufgesuche
Rhein- und Mosel-Weinflaschen
zu höchsten Tagespreisen zu kaufen gesucht. Abholung sofort.
M. Becker,
Bochum, Alleestraße 11. Telefon Nr. 316.

Zigarrengeschäft
in guter Lage zu kaufen gesucht.
Off. unter Nr. 12098 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Harmonium
z. kauf. ges. Angeb. unt. Nr. 12076 an die Gesch. dieser Zeitung.

Flaschen
kauft
Albert Janzik
Maarbrückerstraße 12
Telefon 1086.

Verkäufe
Herren- und Damenstoff-
Reste für Knabenanzüge billig zu verkaufen. 12035
Frau Sabiuke,
Hochstr. 5, 1. Et., Eing. 7.

Guten
Pferdedünger
gegen
Heu oder Stroh
abzugeben.
Fr. Bender, Roonstr. 70.

Verzugshalber
Haus
mit abgeschl. Wohnungen, Laden u. Durchfahrt an der Wielandstr. 3 verkauf.
Architekt Grashoff,
Ottostr. 43.

Achtung! Bandoneonspieler!
Einziger Fachmann hier am Platze.
Emil Lübke, Theodorstr. 4, Bahnhof Präsident.
Sämtliche Reparaturen an Bandoneons und Konzertinas, wie Oktav und Schwebeton, neue Bälge, Polieren usw. wird schnell und gewissenhaft ausgeführt. Sämtliche Ersatzteile für Bandoneon.

Reisegepäck-Versicherung
zu günstigen Bedingungen durch
Telefon 650 **Wilhelm Peltzer** Neustr. 9

Diese Woche!
Frisches Rindfleisch
eigener Schlachtung . . . . . 30 Mk.
Gehacktes von frischem Rindfleisch 40 Mk.
Leberwurst . . . . . 26 Mk.
Blutwurst . . . . . 14 Mk
Alle anderen Wurstsorten zu den billigsten Tagespreisen.
Adolf Cletsoway,
Bochum, Kleine Beckstraße 1.

Eisen ⚒ Metalle
und Felle
kauft zu den höchsten Tagespreisen
Levy Nachfolger, Bahnhofstr. 13 Telef. 2094
S221

Gothaer Lebensversicherungsbank a. G.
Bisher abgeschlossene Versicherungen reichlich
3½ Milliarden Mark
Alle Ueberschüsse kommen unverkürzt den Versicherungsnehmern zugute.
Alters- und Hinterbliebenen-Versorgung Kinderausstattung, Steuerversicherung.
Auskunft und Drucksachen durch den Vertr.: **H. Bruns, Bochum,** Piepersir. 39, Tel. 539.

Nr. 145. Zweites Blatt. **Bochumer Zeitung Märkischer Sprecher** Rh.-Westf. Tageblatt Freitag. 23. Juni 1922

Bochumer Nachrichten.

(Nachdruck unserer Originalberichte ist ganz oder auch im Auszuge nur mit genauer Quellenangabe gestattet)

Bochum, 23. Juni.

Aufruf zur Bismarckfeier auf der Hohensyburg, am 24. Juni 1922.

Der Westf. Bismarck-Bund hat es immer als seine Pflicht und sein Recht angesehen, sein Gedächtnis zu pflegen und von den Alten, die seine Tage erlebt haben, weiterzugeben in die Herzen der Jugend, gerade in dieser Zeit, wo sich die Sklavenketten immer fester zusammenschließen um den gequälten Leib unseres Volkes. Darum ruft er auch dieses Jahr Euch, Deutsche Männer und Frauen, ohne Ansehen der Partei, zusammen zu der Bismarckfeier auf der Hohensyburg am 24. Juni, wo wir übrigens die Freude haben werden, den Enkel des großen Mannes, den Fürsten Otto von Bismarck, in unserer Mitte zu sehen.

Wir empfehlen allen Mitgliedern der Deutschen Volkspartei dringend die Beteiligung. Die Tagung beginnt nachmittags 2 Uhr; 8½ Uhr Marsch zum Denkmal, daselbst Begrüßungsansprache und zwei Hauptreden. — Bismarckrede und Rede auf die Jugend — gemeinschaftliche Lieder, Chorgesänge usw. Die übrigen Reden werden sowohl im Hauptfestsaal, als auch auf der Terrasse vor der Musik gehalten. Die Unterkunftsräume auf der Hohensyburg, sowie die Sitzgelegenheiten sind bis zur äußersten Grenze erweitert.

Kriegsopfer und Zeitung.

Wohl kaum irgend ein Stand, Beruf oder Gewerbe hat augenblicklich so unter den heutigen Wirtschaftsverhältnissen zu leiden, wie gerade das Zeitungsgewerbe. Täglich liest man von der Stillegung einer oder mehrerer Zeitungen. Die Kosten für Papier und die Arbeitslöhne sind derart gestiegen, daß der Abonnementspreis hiermit nicht im geringsten Schritt gehalten hat.

Die Zeitung aber ist das unentbehrlichste Aufklärungs- und Uebermittelungsorgan für alle. Ganz besonders aber trifft das für uns Kriegsopfer zu. Alle wichtigen Verfügungen, Verordnungen und Gesetze werden schnellstens von den Zeitungen ihren Lesern mitgeteilt. Wie mancher hat schon durch Unkenntnis der Gesetze bitteres Lehrgeld zahlen müssen. Für uns Kriegsopfer kommen fast täglich wichtige neue Verfügungen heraus, die wir am schnellsten durch die Presse erfahren und dementsprechend anwenden können.

Darum, Kriegsopfer, lasset Euch nicht durch die augenblicklichen Bezugspreise Eurer Zeitung verleiten, diese aufzubestellen, denn der Schaden könnte größer sein, wie die paar Mark Ersparnisse. Außerdem brauchen wir die Zeitungen, um der Oeffentlichkeit zu zeigen, wie es um uns steht.

Kriegsopfer bestellet Eure Zeitung nicht ab, sondern unterstützt ein Unternehmen, welches außerordentliche Bedeutung für ein Volk hat, und denket an das Sprichwort: „Eine Hand wäscht die andere."

Obige Zeilen werden uns von der Landesgeschäftsstelle des Zentralverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener, Bochum, Wörthstr. 2, zur Veröffentlichung übergeben.

X **Auszeichnung.** Die Ehrendenkmünze des Weltkrieges am schwarz-weiß-roten Bande mit Kampfabzeichen wurde dem Zahntechniker Hermann Ebert jr. verliehen. Die Deutsche Ehrendenkmünze des Weltkrieges am schwarz-weiß-roten Bande wurde ferner verliehen den Herren: Josef Hißmann, Jägerstr. 8, Peter Hanv, Bochum, Franz Schröder, Ehrenfeldstr. 35, Karl Küthe, Weitmar, Blumenfeldstr. 94, G. Schwarz, vonder-Reckestr. 72.

Q **Aus der Partei.** Nach schwerer Krankheit ist ein treuer Freund und Mitarbeiter unserer Partei in der Person des Bürovorstehers Herrn Carl Schemmann aus dem Leben geschieden. Lange Jahre leitete er als Vorsitzender den Bezirksverein Weitmar-Nord. Sein selbstloses Wirken im Interesse des Vaterlandes wird unvergessen bleiben. Die Parteifreunde werden ihm ein treues Andenken bewahren.

* **Heimkehrende Kinder.** Das städtische Jugendamt teilt mit, daß die a) im städtischen Kindererholungsheim Westerbede, b) im Kindersolbad Raffelberg und c) im Kinderheim Lüdgeristift auf Norderney untergebrachten Bochumer Kinder am Sonnabend, 24. ds. Mts., nach hier zurückkehren. Die Kinder zu a) treffen mit dem Zuge 9,48 Uhr vormittags auf dem Hauptbahnhof, zu b) mit dem Zuge 5,28 Uhr nachmittags auf dem Bahnhof Bochum-Nord und zu c) mit dem Zuge 6,11 Uhr nachmittags auf dem Hauptbahnhof ein.

ki. **Die Ausfuhr von Gegenständen des täglichen Bedarfs** betrifft ein Runderlaß des Reichsministers des Innern vom 20. Mai 1922. Zur Vermeidung von Härten werden die Zollbehörden ermächtigt, für neue Gegenstände des täglichen Bedarfs, die zum persönlichen Ge- und Verbrauch oder zur Ausübung des Berufs während der Reise von Reisenden bei der Ausreise mitgeführt werden, sofern sie von diesen dem Grenzzollamt vorschriftsmäßig zur Revision gestellt werden, die Beibringung der zur Ausfuhr dieser Gegenstände erforderlichen Ausfuhrbewilligungen auch nach ihrer Stellung zur Revision zuzulassen. Den Reisenden soll es unbenommen bleiben, über die Gegenstände im Inlande zu verfügen. Hiernach kommt in diesen Fällen eine vorläufige Sicherstellung oder eine Verfallerklärung und die Anzeige an die Staatsanwaltschaft zur Einleitung eines Strafverfahrens nicht in Frage, sondern es wird lediglich die Ausfuhr der Gegenstände zu verhindern sein.

ha. **Die Wirkung der erhöhten Postgebühren.** Die Wirkung der Gebührenerhöhungen auf die Einnahmen der Reichspost aus ihren verschiedenen Zweigen läßt sich jetzt wieder beurteilen. Die Verdreifachung der Gebühren zu Neujahr brachte bei der Post im engeren Sinne eine Steigerung von 476 Millionen im Dezember auf 773 Millionen im Januar. Im kurzen und Streikmonat Februar ging sie wieder auf 636 zurück. Für April werden sie soeben auf 852¼ Millionen angegeben. Vergleicht man die Ergebnisse von Dezember und April, so hat die Verdreifachung der Gebühren also noch nicht doppelte Einnahmen gebracht. Dieselbe durchschnittliche Erhöhung brachte im Dezember wie im Januar bei den Telegrammgebühren etwas über 142 Millionen. Wegen der Störung der Post stiegen hier die Einnahmen im Februar auf 158½ Millionen, im April auf 186, sodaß die Verdreifachung lediglich eine Erhöhung von 142 auf 186 Millionen gebracht hat. Die Einnahmen aus dem Fernsprecher kann man von Monat zu Monat schlecht vergleichen, da die Gebühren zum größten Teil vierteljährlich erhoben werden. Vom März liegen keine Angaben im einzelnen vor. Im ganzen haben sich die Einnahmen der Post gegen den Februar von 1101¼ auf 2252⅛ Millionen mehr als verdoppelt. Der April hat wieder einen Rückgang auf 1827 Millionen gebracht.

X **Eine Stadtverordnetensitzung** findet am Freitag, den 30. Juni, nachmittags 5 Uhr, statt. Die Tagesordnung umfaßt 15 Punkte, darunter vorwiegend Wahlen zu den städtischen Deputationen und Ausschüssen und Abrechnungen. Punkt 9 befaßt sich mit dem Neubau des Lyzeums 2. 10. Erweiterung des Friedhofes Hamme. 11. Fluchtlinienfestsetzung für die Westfälische Straße, —von Hermannshöhe bis zum Hause Nr. 9 — für die abgestumpfte Ecke an der Kronen- und Westfälischen Straße (Parzelle 3460/5) und für das Grundstück Hermannshöhe 2 sowie Aufhebung der festgesetzten Baufluchtlinie an der Ostseite der Westfälischen Straße. 12. Durchführung der Bessemerstraße bis zur Ehrenfeldstraße. 15. Lohnerhöhung der städtischen Arbeiter.

* **Die „Fledermaus" im Stadttheater.** Die heute abend in Szene gehende erste Operette des Stadttheaters ist durchgängig mit ersten Opernkräften besetzt: Eisenstein: Hochheim, Gefängnisdirektor: Freund, Frosch: Karl Siebold, Alfred: Hauß, Blind: Gutmann, Rosalinde: Sammler-Siegert, Adele: Tschörner, Orlofsky: Kindling. Das Ballett im 2. Akt bringt die im Original vorgesehenen Nationaltänze. Die Orchesterleitung hat der Wiener Kapellmeister Wilhelm Grümmer; die Spielleitung Karl Siebold, der damit zum ersten Male als Regisseur vor das Publikum tritt. Das Bestreben, die Form der Aufführung auf das künstlerische Niveau der ernsten Darbietungen unserer Bühne zu heben, verhalf der Wiederaufnahme in Duisburg zu einem ungewöhnlichen Publikumserfolg. Es bedarf aber wohl dieses Hinweises nicht, um der ewig jungen Königin der Operetten auch hier eine Anziehungskraft und einen Erfolg zu sichern, der die Zuhörer begeistert, die Darsteller erfreut, und den Kassenbuchhalter entzückt.

* **Bochumer Sängervereinigung e. V.** Das Programm der während der Rheinlandreise der Sängervereinigung Bochum in M.-Gladbach, Aachen, Bonn und Köln veranstalteten Festkonzerte besteht aus klassischen und volkstümlichen Chorwerken. Der erste Teil der Vortragsfolge wird mit der achtstimmigen Motette „Gnädig und barmherzig" von Grell und mit dem sechsstimmigen Männerchor „Media vita" von Bruch eingeleitet. Chorwerke, welche höchste Anforderungen an gesangliche und musikalisch-technische Leistungen der Sänger stellen. Es folgen drei Chöre mit Flügelbegleitung von Schubert, dem größten klassischen Meister der Männerchorliteratur: „Der Gondelfahrer", „Nachtheile" (mit Tenorsolo) und „Widerspruch". Der zweite Teil enthält u. a. bekanntere Chöre von Rietz, Silcher und Othegraven. Als Solist wurde der Heldentenor der Bochum-Duisburger Oper, Herr Hochheim, verpflichtet, der die Hymne aus „Stradella", sowie Lieder von Schumann, Wolff und Othegraven vortragen wird. Im Rahmen der offiziellen Festveranstaltungen in Aachen und Bonn sind kurze Gedächtnisfeiern in beiden Städten vorgesehen. Auf dem Friedhof in Aachen wird am Denkmal der im Weltkrieg gefallenen Aachener Sänger ein Kranz in den Bochumer Farben niedergelegt werden. In Bonn soll am Beethovendenkmal und auf dem Friedhofe der Manen Robert Schumanns und des bekannten Männerchor-Komponisten Brambach gedacht werden, an deren Gräber resp. Denkmäler Kranzniederlegungen erfolgen.

ki. **Von Privatpersonen zu entrichtende Luxussteuer.** Man teilt uns mit: Wenn eine Privatperson Edelmetalle, Edelsteine, Halbedelsteine, Perlen, Schmucksachen, Juwelier- und Bijouteriewaren aller Art, Gegenstände aus Bernstein, Elfenbein, Perlmutter, Schildplatt, Musikinstrumente, Automobile, Wasserfahrzeuge, Kutschwagen, Pelzsachen, Teppiche, Kunstgegenstände oder Antiquitäten verkauft, muß sie 15 Proz. des Kaufpreises an Luxussteuer entrichten. 5 Prozent des Preises haben nicht nur Unternehmer, sondern auch Privatpersonen zu entrichten, die Anzeigen übernehmen, indem sie z. B. Räume oder Flächen für Reklamezwecke vermieten. 10 Prozent des Mietpreises haben ebenfalls auch Privatpersonen zu entrichten, wenn sie eingerichtete Schlaf- und Wohnräume auf nicht länger als drei Monate vermieten und das Entgelt für den Tag oder die Uebernachtung 40 Mark oder mehr beträgt. Die näheren Bestimmungen sind bei den zuständigen Finanzämtern erhältlich.

⊙ **Evang. Gesellenverein Bochum.** Eine sehr gut besuchte Monatsversammlung tagte im evangelischen Vereinshause. In Verhinderung des 1. und 2. Vorsitzenden wurde sie vom 1. Schriftführer eröffnet. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken an den verstorbenen Vereinsbruder Hoopmann. Zum Verbandsfest in Wattenscheid, das am 25. Juni stattfindet, erfolgt der Abmarsch um 1½ Uhr vom Vereinshause. Festschriften sind dort noch erhältlich. Sein 30. Stiftungsfest begeht der Verein nach Beschluß am 6. August. Zur Fahnenweihe des Brudervereins in Bottrop am 9. Juli entsendet der Verein eine Fahnendeputation. Für den 16. Juli hat der Verein in den Anlagen des evang. Vereinshauses ein Familienfest in Aussicht genommen. In eingehender Weise berichtete die Gesangabteilung des Vereins über ihre Sängerfahrt nach Brilon, Marsberg und Arolsen.

* **Rh.-Westf. Gau Arends'scher Stenographen.** Am 22. und 23. Juli d. J. findet hier, Märkischer Hof, am Hauptbahnhof, der 19. Gautag, verbunden mit einem Preisschreiben und einer stenographischen Ausstellung, statt. Das 17. Stiftungsfest des Stenographenvereins Arends zu Bochum wird sich daran anschließen. — Es wird ein Treffen aller Anhänger der Arendsschen Volkskurzschrift hiesiger Gegend, einschließlich der des Arbeiter-Stenographenbundes, werden. Näheres wird noch bekannt gegeben werden.

⊙ **Vom Tage.** In der Nacht zum Mittwoch gegen 10¼ Uhr entstand in dem Hause Wittenerstraße 87 ein Dachstuhlbrand. Stroh und Gerümpel waren dort in Brand geraten. Die herbeigerufene städtische Berufsfeuerwache hatte nach ½stündiger Tätigkeit jede Gefahr beseitigt. — Beim Behauen eines Stempels auf der Zeche Präsident wurden dem Bergmann Albert Meißner aus der Zechenstraße 19 von seinem Kumpel zwei Mittelfinger der rechten Hand durchschlagen. Trotz der schweren Verletzung hoffen die Aerzte, dem M. die Finger erhalten zu können. M. fand Aufnahme im Krankenhause.

† **An den Pranger.** Vom Wucher- und Schöffengericht wurden verurteilt bezw. bestraft: Der Landwirt Peter Eckhoff aus Datteln und dessen Ehefrau wegen Preiswuchers zu je 1500 Mark Geldstrafe, im Nichtbeitreibungsfalle anstelle von je 100 Mark zu einem Tage Gefängnis und zu den Kosten des Verfahrens; die Ehefrau Elisabeth Bartkowiak, Hunscheidtstraße, wegen Vergehens gegen die Verordnung gegen Preistreiberei vom 8. Mai 1918 zu 1000 Mark Geldstrafe, weil sie für Gegenstände des täglichen Bedarfs Preise gefordert hat, bezw. sich hat gewähren lassen, die unter Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse einen übermäßigen Gewinn enthielten; die Ehefrau Emilie Goldkuhle und der Bäcker Gustav Goldkuhle, Brenschederstraße, ebenfalls wegen Vergehens gegen die Preistreibereiverordnung zu je 500 Mark Geldstrafe; der Bäckermeister Herweg, Roonstraße, wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz zu 150 Mark Geldstrafe. — Ferner wurde dem Kaufmann Johann Broschelt, Brückstraße, wegen Unzuverlässigkeit die Erlaubnis zum Großhandel mit Lebens- und Futtermitteln auf Grund der Verordnung vom 24. 6. 1916 entzogen.

⊓ **Polizeibericht.** Durch Einbruch wurden gestohlen: aus einer Baubude am Neubau Steinkamp, Waldstraße, Arbeitskleider, ein 80 Meter langer Schlauch und zwei Eimer, aus einer Wirtschaft an der Brüderstraße in Bochum, Lebensmittel und Zigarren. — Ferner sind gestohlen worden: aus einer Wohnung des Hauses Hermannshöhe 32, einer Familie ein Geldbetrag, ein Anzug, ein Sommerpaletot und ein Stück dunkelgestreifte Seide, einem Gast in einer Wirtschaft an der Dorstenerstraße ein wertvoller Hund, einer Frau aus einem Bäckerladen eine Handtasche mit Inhalt, im Luft- und Lichtbad an der Königsallee einem Badegast eine Brieftasche mit Geld und Ausweispapieren, aus einem Büro eines Geschäfts ein Schlüsselbund vom Geldschrank. — Zur Anzeige gelangten eine Person wegen Mißhandlung und Sachbeschädigung und eine Person wegen Betrugs.

⊙ **Vom Dach gestürzt.** Mittwoch mittag kletterte der Arbeiter Johannes L. verbotswidrig auf dem Dache der Schule an der Haldenstraße 75 I herum. Er stürzte ab und erlitt eine schwere Schädelverletzung, Schulterverletzungen und innere Verletzungen. Es erfolgte seine Aufnahme im Krankenhause.

Das Reichsmieten-Gesetz.

I.

Bereits die von dem Bundesrat erlassene Bekanntmachung zum Schutze der Mieter vom 26. 7. 1917 gab den Mieteinigungsämtern das Recht, in gewissen Fällen die Höhe einer Miete zu bestimmen. Das Recht wurde durch spätere Bekanntmachungen und Gesetze weiter ausgedehnt. Nach diesen reichsrechtlichen Vorschriften hatte jedoch das Mieteinigungsamt letzten Endes nach billigem Ermessen über die Höhe der Miete zu entscheiden. Da dieser Zustand zu völlig verschiedenartigen Entscheidungen führte, wurden von den zuständigen Ministerien verschiedener Länder bereits mehr oder weniger eingehende Vorschriften über die Berechnung der Miete erlassen. An erster Stelle sind hier die preußische Höchstmietenanordnung vom 9. 12. 1919 und die bayerische Bekanntmachung vom 13. 8. 1920 zu erwähnen. Das Reichsmietengesetz regelt die Frage einheitlich für das ganze Reichsgebiet. Der Grundgedanke des Gesetzes ist folgender: Mietpreissteigerungen sollen nur insoweit zugelassen werden, als sie durch die Steigerung der für das Haus aufzuwendenden Unkosten erforderlich geworden sind. Die Instandhaltung der Gebäude soll unbedingt gesichert werden.

Im einzelnen ist die Regelung folgende: Das Gesetz läßt zwar grundsätzlich die freie Vereinbarung einer Miete zu, gibt jedoch sowohl dem Vermieter wie dem Mieter das Recht, dem andern Vertragsteile gegenüber jederzeit zu erklären, daß die Höhe der Miete nach dem Reichsmietengesetz berechnet werden solle („gesetzliche Miete"). Die Erklärung muß in schriftlicher Form abgegeben werden. Sie ist vor allem auch bei den sogenannten langfristigen Verträgen, bei denen die Miete vielfach noch besonders niedrig ist, zulässig. Um eine Erhöhung der Miete auf die gesetzliche Miete herbeizuführen, bedarf es also nicht einer Kündigung und einer Entscheidung des Mieteinigungsamtes, sondern es genügt die erwähnte schriftliche Erklärung. Für den Zeitpunkt der Erklärung gilt folgendes:

Ist die Miete nach Monaten bemessen, so muß die Erklärung bis zum 15. des Monats abgegeben sein. Vom ersten des nächsten Monats an ist sodann die gesetzliche Miete zu zahlen. Ist der Mietzins nach Vierteljahren oder längeren Zeiträumen bemessen, so muß die Erklärung spätestens am dritten Werktage des Vierteljahres abgegeben sein. Die gesetzliche Miete gilt sodann von dem 1. des nächsten Vierteljahres ab. Da das Reichsmietengesetz erst am 1. Juli d. J. in Kraft tritt, ist die Erklärung frühestens am 1. Juli 1922 zulässig. Die gesetzliche Miete gilt sodann — bei monatlicher Miete — vom 1. Aug. oder — wenn der Mietzins nach Vierteljahren oder längeren Zeiträumen bemessen ist — vom 1. Oktober 1922 ab.*)

Für die Berechnung der gesetzlichen Miete wird von der Miete ausgegangen, die für den 1. Juli 1914 und die Folgezeit vereinbart war — Friedensmiete —. Um Härten zu vermeiden, mußte eine Aenderung der Friedensmiete in gewissen Fällen zugelassen werden. Sie kann erfolgen, wenn die Friedensmiete aus besonderen Gründen, die in der damaligen Beschaffenheit des Raumes oder den damaligen Verhältnissen der Vertragsteile lagen, in außergewöhnlichem Umfange von dem ortsüblichen Mietzins abwich. Hauptbeispiele sind die Vermietung an sogenannte Trockenmieter oder an Verwandte. Ueber die Aenderung entscheidet das Mieteinigungsamt. Dies setzt auch die Friedensmiete fest, falls eine solche überhaupt nicht vereinbart war oder sich nicht mehr feststellen läßt, ebenso auch, wenn das Gebäude erst nach dem 1. Juli 1914 bezugsfertig geworden oder in erheblicher Weise baulich verändert ist oder zu wesentlich anderen Zwecken verwendet wird. In allen diesen Fällen ist die ortsübliche Miete als Friedensmiete festzusetzen, d. h. diejenige Miete, die am 1. Juli 1914 für Räume gleicher Art und Lage regelmäßig vereinbart war. H. J.

*) Nach einer Meldung der letzten Tage tritt das Gesetz voraussichtlich erst am 1. Okt. in Kraft.

Der „Westfälisch-Lippische Handwerkerbund"

hielt am 14. Juni in Soest eine Sitzung des erweiterten Vorstandes ab, in der außer den Vertretern der Parteien sowie der Stadt und des Landkreises Soest eine große Anzahl von Handwerkervertretern aus dem Provinzial-Landtag, den Kreistagen, sowie den Gemeindevertretungen teilnahmen. Nach einer kurzen Begrüßung durch den 1. Vorsitzenden, Herrn Lindenbeck, Osterfeld, hielt Herr Oberbürgermeister Dr. Oehler, Dozent an der Hochschule für Staats- und Wirtschaftswissenschaften, Detmold, einen Vortrag über die Entwürfe für eine preußische Städte- und Landgemeindeordnung. Geschäftsführer Bökenkamp-Dortmund berichtete über die Stellungnahme des Handwerks zu den bevorstehenden Gemeindewahlen. Die Versammlung sprach sich für den Schutz der Selbständigkeit in der Wirtschaft sowie für den Schutz des Berufsbeamtentums aus und lehnte jeglichen Versuch, schon jetzt irgendwelche Bestimmungen über Kommunalisierung pp. in die Städte und Landgemeindeordnung hineinzubringen, scharf ab. Der Vorsitzende des Innungsausschusses Münster berichtete über den Bundestag 1922, der in der Zeit vom 9. bis 11. September in Münster abgehalten werden soll. Am 9. September, nachm. 4 Uhr, werden Fachverbände, Handwerkskammern und der Vorstand des Bundes tagen. Abends findet ein Begrüßungsabend statt. Am Sonntag, 10. Sept., vormittags 11 Uhr, wird in drei Massenversammlungen zu den Tagesfragen Stellung genommen werden. Nachmittags 2 Uhr wird ein Umzug durch die Stadt veranstaltet werden, der durch historische Gruppen verschönt wird. Am Montag, 11. Sept., wird ein Vertretertag abgehalten werden, auf dem innere Angelegenheiten des Bundes, sowie Handwerkerfragen ihre Erledigung finden sollen. Zu der gleichen Zeit wird in Münster eine große Gewerbeschau veranstaltet werden.

Aus dem Landkreise Bochum.

tg **Altenbochum**, 22. Juni. In der Sitzung der Gemeindevertretung wurde an Stelle des durch den Tod ausgeschiedenen Herrn Monstadt Herr Rektor Berke zum Amtsverordneten für den Rest der Wahlperiode gewählt. — Einen breiten Raum nahm die Verhandlung über die „Geldbeschaffung für die in Aussicht genommenen größeren Bauprojekte" (Kanalisation, Straßenbau, Anlage eines Sportplatzes, Licht-Luft-Bad usw.) in Anspruch. Schließlich wurde eine Kommission gewählt, die neben der Geldbeschaffung auch prüfen soll, ob nicht das eine oder andere unterbleiben oder doch einfacher gemacht werden kann. Dem Antrage der Kleinsiedlungs-Genossenschaft Altenbochum auf Bewilligung des Gemeindedarlehens für den Bau von vier Ein- und elf Zweifamilienhäusern an der Wilhelmstraße wurde zugestimmt. Der nach dem bezgl. Ortsstatut für den Anschluß an die öffentlichen Kanäle festgesetzte Beitrag wird vom 1. April d. J. ab für jeden beitragspflichtigen Frontmeter von 9 auf 45 Mk. und für Gewerbebetriebe von 10 auf 100 Mark erhöht. Der Freiw. Feuerwehr wurden an Delegiertengeldern 150 Mark bewilligt. Die Kosten für eine zu beschaffende Magirusleiter wurden der jetzigen Höhe wegen nicht genehmigt. Entsprechend einem Beschlusse der Schuldeputation wurden die Kosten für vier Nähmaschinen für die Schulen an der Wasserstraße und auf Prinz von Preußen genehmigt.

Aus der Nachbarschaft.

ro. **Linden**, 22. Juni. Wasserrecht. Der alte Schacht Friedlicher Nachbar I an der Deinekestraße hierselbst klärte seine Abwässer — bevor sie durch die Hauptkläranlagen gehen — bereits durch eine Vorkläranlage. Die Kavenabwässer werden vorher durch ein Vorklärbecken gereinigt. Der tiefer gelegene Schacht II der Zeche Friedlicher Nachbar und die Hauptschachtanlage Baaker Mulde senden ihre zu Tage gepumpten Grubenwässer, sowie die Kavenabwässer, Tages- und Hauswässer der genannten Schachtanlage und Kolonie nach Klärung durch die Hauptkläranlage. Diese besteht aus 3 gewaltigen Klärungsbecken, die je 1000 Kubikmeter

Veranstaltungen der Deutschen Volkspartei.

Freitag, den 23. Juni 1922.

Jugendgruppe Ehrenfeld, abends 8 Uhr bei Hahnfeld, Hermannshöhe, außerordentliche Generalversammlung. Redner: Herr W. Droste.

Jugendgruppe Marmelshagen, abends 8 Uhr, bei Jöllenbeck, Dorstenerstr., wöchentliche Zusammenkunft. Redner: Herr Pfarrer Pohlmann.

Jugendgruppe Laer, abends 8 Uhr bei Schulte, Wittenerstraße 13, wöchentliche Zusammenkunft. Redner: Herr A. Decken.

Jugendgruppe Querenburg, abends 8 Uhr, bei Schneider, wöchentliche Zusammenkunft.

Samstag, den 24. Juni 1922.

Die Mitglieder der Orts- und Jugendgruppen werden gebeten, sich zahlreich an der Bismarckfeier auf der Hohensyburg zu beteiligen. Beginn der Veranstaltung 2 Uhr. Abfahrt von Bochum-Nord 12 Uhr.

Vereins-Kalender.

Unter dieser Rubrik kostet 1 Zeile 2.— Mark bei Vorauszahlung; bei Rechnungserteilung 2,50 Mark.

Evg. Gesellenverein. Sonntag, den 25. Juni, 1,15 Uhr, Abmarsch zum Verbandsfest in Wattenscheid. Um zahlreiche Beteiligung bittet. Der Vorstand.

Abwässer fassen. Dann ellen die geklärten Abwässer durch eine Betonlutte in den Rauendahler Bach, der durch den Eggemannschen Mühlenteich in Baak fließt und in einen toten Arm der Ruhr, Gemarkung Baak, mündet. Auch die Abwässer des „Stolln von Treue" 1780, des „Stolln von Diebitsch" 1854 und des „Stolln von Mathias Erbstolln" 1854 beantragt die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hüttenaktiengesellschaft durch einen offenen Graben ohne Namen über Parzellen der Gemarkungen Stiepel und Baak in denselben toten Arm der Ruhr in Baak abzuführen. Der Antrag mit 2 Zeichnungen liegt im Geschäftszimmer des Amtmannes zu Witz während der Dienststunden in der Zeit vom 19. Juni bis 22. Juli zur Einsicht der Beteiligten aus.

TBO. **Hagen**, 21. Juni. **Zeitbild.** Ein Kraftwagenlenker, der abends ein Dirnenhaus aufsuchte, stahl einem Fremden, den er auf einem Sofa schlafend fand, die Brieftasche mit 40 000 Mark. Mit dem Gelde trat er eine Vergnügungsreise nach Dortmund an, wo er in einem öffentlichen Hause an einem einzigen Tage 18 000 Mark durchbrachte, während er den Rest des Geldes in weiteren drei Tagen in Elberfeld bis auf den schäbigen Rest von 25 Mark verpulverte. Das Gericht verurteilte den Kraftwagenlenker unter Berücksichtigung des Umstandes, daß der Bestohlene auch kein Mitleid verdiente, zu sechs Monaten Gefängnis.

Sport.

Leichtathletik.

Erfolgreiche Bochumer Leichtathleten. Bei den nationalen Sportwettkämpfen des Spiel- und Sportvereins erreichten die Leichtathleten des V. V. V. 07 e. V. sehr gute Erfolge. Die Leistungen der einzelnen sind folgende: 100-Meter-Lauf: 1. Sieg Schleicher, 2. Sieg Sahm; 200-Meter-Lauf: 1. Sieg Abe, 2. Sieg Sahm; 400-Meter-Lauf: 3. Sieg Möller; 1500-Meter-Lauf: 1. Sieg Klinfert, 2. Sieg Januschewski, 3000-Meter-Lauf 1. Sieg Januschewski; Weitsprung 1 Sieg Schleicher; Dreikampf 1. Sieg Schleicher. In der 4 × 100-Meter-Staffel belegten die Leichtathleten den 2. Platz.

Schwimmsport.

Bochumer Schwimmer erfolgreich. Auf dem verbandsoffenen Fest des Schwimmvereins „Heil" bei Lünen beherrschte der Bochumer Schwimmverein 1896 in den von ihm belegten Wettkämpfen das Feld und verwochte den Löwenanteil der Preise davonzutragen. In der Eröffnungslagenstaffel mußte der Dortmunder Schwimmverein 1896 sein ganzes Können einsetzen, um der Bochumer Mannschaft Schulz, Schaefers I, Crämer und Kretz den ersten Preis streitig zu machen. Im Damenschwimmen feierte Fräulein Rehborn I einen überlegenen Sieg. Das Damenspringen sicherte sich Fräulein Rehborn II, welche ebenfalls hohe Klasse darstellt. Das Juniorspringen brachte eine Ueberraschung. Nickel I präsentierte sich in bestechender Form und konnte Kretz und Taibach durch exakt ausgeführte Sprünge auf den 2. bezw. 3. Platz verweisen. Im Jugendschwimmen gestalteten sämtliche teilnehmenden Bochumer ihren Start siegreich. Schaefers II gelang es, durch famosen Endspurt als erster das Ziel zu passieren. Siller und Franken waren die nächsten Sieger. Im Junior-Rückenschwimmen vertrat Stephan durch einen ehrenvollen 2. Bochums Farben würdig, während Nickel II das Ersitschwimmen überlegen nach Hause schwamm. Der Knabenschwimmer Hackemack mußte einem älteren Gegner den 1. Preis überlassen. Hervorragende Leistungen, die in Anbetracht der mangelhaften Trainingsgelegenheit doppelt hoch eingeschätzt werden müssen.

Radsport.

Radfernfahrt Recklinghausen - Münster - Recklinghausen. Der Radsportverein Wanderlust Recklinghausen veranstaltete eine Radfernfahrt Recklinghausen-Münster-Recklinghausen, zu der sich 34 Teilnehmer gemeldet hatten. Leider mußte eine große Zahl der Teilnehmer während der Fahrt aussetzen, da sie zwischen Haltern und Dülmen dadurch Defekte erlitten, als bisher leider noch nicht ermittelte Flegel Schuhnägel gestreut hatten. Die Ergebnisse sind folgende:

1. Bautz (Sterkrade) 3 Stunden, 36 Min., 55 Sek., 2. Nitzke (Bochum) 3 Stunden, 38 Min., 30 Sek., 3. Jotsch (Essen) 3 Stunden 39 Min., 4. Düllberg (Dortmund) 3 Stunden, 45 Min., 5. Bronswin (Niemke) 3 Std., 46 Min., 30 Sek., 6. Rademeister (Ickern) 3 Std., 49 Min., 30 Sek., 7. Fänger (Essen), 3 Std., 51 Min., 8. Rudzick (Buer) 3 Std., 54 Min., 9. Schaffelt (Bochold) 3 Std., 56 Min., 10. Kühlmann (Datteln) 3 Std., 5 Min., 8 Sek.

Amtlicher Wetterbericht.

Der Jahreszeit entsprechend, bereitet sich ein Witterungsumschlag vor. Ueber ganz England fällt der Luftdruck. Wir haben daher mit veränderlichem Wetter und Eintritt von Regenfällen, vereinzelt in Gewitterbegleitung bei wenig geänderter Temperatur, zu rechnen. — Die höchste Temperatur betrug gestern 23 Grad, die niedrigste in der Nacht 13 Grad. — Niederschlag war 1 mm.

Handel / Industrie / Verkehr

Rhein.-Westf. Devisenmarkt.

p. Die unsichere Haltung hielt auch nachmittags vor. Die Kurse der ausländischen Zahlungsmittel waren wieder großen Schwankungen unterworfen. Gegen 6 Uhr standen: Holland 12 500, Belgien 2675, Frankreich 2830, England 1450, Newyork 328, Schweiz 6245.

Amtliche Devisenkurse. (Berlin)

Für drahtliche Auszahlungen		21. Juni Geld	21. Juni Brief	22. Juni Geld	22. Juni Brief	Höchst. bish. G.
Holland	100 G.	12219.70	12230.30	12484.30	12515.60	12837.50
Belgien	100 Fr.	2601.70	2680.30	2676.65	2683.35	2837.15
Norwegen	100 Kr.	5239.35	5306.65	5443.15	5456.85	6018.01
Dänemark	100 Kr.	6751.45	6763.75	6961.25	6978.75	7167.80
Schweden	100 Kr.	8124.80	8165.20	8369.50	8390.50	8831.15
Italien	100 Lir	1538.05	1541.95	1593.—	1597.—	1720.75
England	1 St.	1403.70	1404.30	1453.15	1456.85	1483.50
Amerika	1 D.	319.10	319.90	328.08	328.92	338.66
Frankreich	100 Fr.	2731.55	2738.45	2828.95	2836.05	3041.95
Schweiz	100 Fr.	6042.40	6057.65	6242.15	6257.85	6578.50
Spanien	100 Pes.	4953.80	4966.20	5108.60	5121.40	5254.70
Dtsch.-Oest.	100 Kr.	2.05	2.09	2.08	2.12	—
Usch.-Slow.	100 Kr.	607.20	608.80	622.20	623.80	613.35
Tagarn	100 Kr.	34.55	34.65	33.05	33.15	—.—

* **Berliner Wertbörse** vom 22. Juni. Am Vormittag setzte sich die Aufwärtsbewegung der Devisenkurse bei fast völlig fehlendem Angebot fort. Der Dollar erreichte 331. Mit Beginn der offiziellen Börse trat ein Tendenzumschwung ein auf englische und französische Meldungen hin, nach denen beide Länder ein baldiges Zustandekommen der internationalen Anleihe für Deutschland anstreben. Der Dollar senkte sich auf 322. Der Effektenmarkt zeigte bei Beginn eine unsichere Haltung bei lustlosem Geschäft. Die ersten amtlichen Kurse zeigten große Unregelmäßigkeit, namentlich für Maschinenfabrikaktien. Im späteren Verlaufe trat ein leichtes Abbröckeln ein. Vorwiegend fester waren Schuckertaktien. Bankaktien waren kaum verändert. Ausländische Renten waren durchweg etwas abgeschwächt, aber fest. Deutsche Anleihen ruhig und nicht ganz einheitlich. Der Dollar zog im Verlaufe wieder etwas an. Der Kassamarkt verkehrte heute wesentlich fester als in den letzten Tagen.

Berliner Börsenkurse.

vom 22. Juni 1922.

	21. 6.	22. 6.		21. 6.	22. 6.
Bankaktien			Eintr. Braunk.	1300.	1330.
Barmer Banky	217.—	215.—	Elberf. Farben	648.—	640.—
Com.u.Privatb.	297.—	296.—	Eschw. Berg.	841.—	850.
Darmst. Bank	288.—	288.—	Essener Steink.	1175.	1173.
Deutsche Bank	560.—	550.—	Flensb.Schiffsb	700.—	710.—
Disconto-Ges.	417.—	416.—	Gasmot. Deutz	680.—	690.—
Dresdner Bank	315.—	316.—	Gels. Bergw.	990.—	990.—
Ess.Cred.Anst.	250.—	250.—	Gels Gußstahl	750.—	740.—
Reichsbank	216.—	220.50	Glas Schalke	3380.	—
Brauereiaktien			Goldschmidt	755.—	750.—
Boch. Viktoria	540.—	525.—	Harp. Bergw.	1792.	1792.
Dortm. Aktien	690.—	650.—	Hasp. Eis. u. St.	2540.	—.—
Dortm. Union	—.—	782.—	Heckmann C.	2550.	2740.
MüserLangend	—.—	—.—	Hirsch Kupfer	675.—	706.50
Schleg.Scharp.	630.—	570.—	Hohenlohe	715.—	685.—
Schiffahrtsaktien			Howaldswerke	599.—	685.—
Hamb.Am.Pak.	382.—	338.—	Höchst Farben	620.—	616.—
Nordd. Lloyd	286.50	287.50	Hösch Stahlw.	1098.	1130.
Industrieaktien			Humb. Masch.	521.—	525.—
Adlerwerke	424.—	430.—	Ilse Bergbau	1190.	1210.
Akkumul. Hag.	970.—	990.—	Kali Aschersl.	980.—	990.—
Allg.Elekt.Ges.	626.—	633.—	Köln Neuessen	—.—	1099.
Anglo Guano	1625.	1627.	Königsborn	701.—	—.—
Annener Guss	750.—	785.—	Küppersbusch	1450.	1475.
Arenberg	—.—	—.—	Lahmeyer&Co.	360.—	360.—
Bad. Anilin	711.—	711.—	Laurahütte	2030.	2030.
Balcke Masch.	800.—	825.—	Magd. Bergw.	1350.	1325.
Baroper Walz.	920.—	930.—	Mannesmann	980.—	990.—
Bergm. Elektr.	515.—	—.—	Mark Zement	—.—	—.—
Bismarckhütte	1900.	—.—	Masch. A.-Nb	740.—	740.—
Boch. Gels. Str.	—.—	—.—	Masch. Baum	—.—	—.—
Boch. Gußstahl	1001.	1020.	Müh. Bergw.	1400.	1410.
Braunk. u. Brik.	1025.	1045.	Nation. Autom	425.—	425.—
Buderus Eisen	615.—	—.—	Oberschl. Bed.	715.—	775.—
Busch Lüdensch	1165.	1170.	Orenst. Koppel	965.—	1000.
Caro	582.—	582.—	Phönix Bergw.	1140.	1140.
Chem. Griesh.	727.—	730.—	ReisholzPapier	451.—	460.—
Chem. Weiler	600.—	601.—	Rh.Braunkohle	1375.	1390.
Chem.Ind. Gels.	2475.	2500.	Rh.Stahlwerke	—.—	—.—
ConcordiaBerg	1695.	1675.	Riebeck Mont.	1550.	1575.
Cons. Schalke	1955.	1955.	Romb. Hütte	494.—	487.—
Daimler Mot.	405.—	404.—	Rütgerswerke	690.—	698.—
D.-Lux. Bergw	957.—	959.—	Sarottis Schok	990.—	1010.
Deutsche Erdöl	2425.	2500.	Siemens Halske	955.—	945.—
Deutsche Kali	2175.	2175.	Schuckert Co.	625.—	631.—
Deutsch.Masch	649.—	626.—	Schweim. Eisen	2675.	2675.
D. Schachtbau	2075.	2025.	Thale Eisen	4740.	4825.
Deutsch. Walf.	1337.	1363.	Westfalia Eis.	1660.	1652.
DittmannNeuh.	5300.	5550.	Westf. Drahtw	—.—	481.—
Dürkopp	600.—	600.—	Eis. u. Draht	460.—	464.—
Dynamit Nobel	601.—	610.—	Wicking Zem.	901.—	885.—
			Witt. Gusstahl	2575.	2575.
			Zellst. Waldhof	670.—	675.—

Zur Verkehrslage im Ruhrgebiet.

Der Eisenbahnbetrieb wickelte sich in der letzten Woche im Ruhrbezirk glatt ab. Leere Wagen, namentlich zur Verladung von Brennstoffen, waren in so reichlichem Maße vorhanden, daß sie zur Deckung des Bedarfs nicht sämtlich verwandt werden konnten. Teilweise wurden die nicht gebrauchten Wagen den Zechen über den angeforderten Bedarf zugeführt, teilweise wurden sie auf den Reichsbahnstationen abgestellt. Für Kohlen, Koks und Briketts sind in der vergangenen Woche im arbeitstäglichen Durchschnitt einschließlich der nachträglich bestellten Wagen 21 955 Wagen (gerechnet zu je 10 To.) angefordert und auch gestellt worden. (Höchstgestellung am 16. Juni 22 502.) Im gleichen Zeitraum des Vorjahres betrug die Durchschnittsgestellung 20 471 Wagen. Die Brennstofflagerbestände auf den Zechen betrugen am 17. ds. Mts. 476 912 (651 229) To.

Der Wasserstand des Rheines ist anhaltend günstig, so daß es bei dem starken Güterandrang an Schleppkraft, stellenweise auch an Laderaum mangelt. Die an den Kippern der Duisburg—Ruhrorter Häfen umgeschlagenen Brennstoffmengen beliefen sich auf 24 741 (30 717) To., werktäglich; in den Zechenhäfen der Kanäle wurden 25 326 (25 935) To. umgeschlagen.

Die Einfuhr und Ausfuhr an Steinkohlen.

Essen, 22. Juni. Bei den Erörterungen über die Kohlennot ist in den Zeitungen vielfach darauf verwiesen worden, daß nach den vom statistischen Reichsamt herausgegebenen monatlichen Nachweisen über den auswärtigen Handel Deutschlands die Ausfuhr an Brennstoffen in den letzten Jahren größer gewesen sei als die Einfuhr. Vielfach ist auch die Anschauung zutage getreten, daß die Kohlenausfuhr gänzlich unterbunden und die dadurch freiwerdenden Mengen zur Linderung der Kohlennot verwendet werden könnten. Demgegenüber sei darauf hingewiesen, daß unsere gesamte Ausfuhr an Steinkohlen und Koks (letztere mit einem Ausbringen von 75 Prozent in Kohle umgerechnet) im Jahre 1921 ohne die Zwangslieferungen an die Entente, die etwa 18 Mill. To. ausmachten, etwa 8½ Millionen Tonnen betrug. Hiervon sind aber noch als Lieferungen mit Zwangscharakter abzusetzen die Mengen, die an Deutsch-Oesterreich, Polen, Ungarn und die von Deutschland abgelösten und dauernd oder vorübergehend selbständigen Gebietsteile (Danzig, Memelgebiet, Saargebiet) gegangen sind. So bleibt für die eigentliche Ausfuhr mit wirtschaftlichem Charakter nur noch das übrig, was an Holland, die Schweiz und die Tschecho-Slowakei und einige andere Länder geliefert worden ist, insgesamt eine Menge von 2,5 Mill. Tonnen. Hiervon hat allein Holland 1,3 Mill. Tonnen erhalten auf Grund des im Jahre 1920 im dringendsten Interesse unserer Lebensmittel- und Rohstoffversorgung abgeschlossenen Staatsvertrages, der eine Lieferung von monatlich mindestens 90 000 Tonnen vorsieht. Weiter entfallen von den genannten 2,5 Mill. Tonnen 1 Mill. Tonnen auf die Tschecho-Slowakei, Lieferungen, die aus wirtschaftspolitischen Gründen im Austausch gegen böhmische Braunkohle erfolgen. Kleine Mengen gingen auf Grund besonderer Abkommen in die Schweiz und ganz geringe Mengen an die nordischen Länder. Die gesamte Ausfuhr beruht also auf staatspolitischem oder wirtschaftlichem Zwang, und es ist daher gänzlich abwegig — wie es von linksstehender Seite geschehen ist —, zu fordern, daß durch Einstellung der Ausfuhr der heimischen Kohlennot gesteuert werden soll.

Es sei noch erwähnt, daß der gesamte Kohlenhandel und -Absatz Deutschlands der staatlichen Kontrolle durch den Reichskohlenkommissar und seine Organe untersteht, so daß es vollkommen ausgeschlossen ist, daß außer den vorerwähnten Lieferungen ein Absatz auch nur kleinster Mengen ins Ausland erfolgen könnte.

* **Deutsche Ammoniak-Verkaufs-Vereinigung G. m. b. H., Bochum.** Die im letzten Geschäftsjahre schon erwähnte Stickstoff-Kredit G. m. b. H. ist inzwischen ins Leben getreten. Sie ist berufen, besonders den Bezug größerer Stickstoffmengen zu erleichtern. Die Nachfrage nach Stickstoffdünger war während des ganzen Jahres derart, daß selbst in den stillen Monaten nur verhältnismäßig geringe Mengen zu Lager gebracht zu werden brauchten. In den Jahren 1912 und 1913 wurden in Deutschland an schwefelsaurem Ammoniak und Chilesalpeter insgesamt rund 160 000 Tonnen N (Stickstoff) jährlich verbraucht. Im Düngejahr 1920/21 betrug der Verbrauch in der deutschen Landwirtschaft rund 210 000 Tonnen N, der sich im Düngejahr 1921/22 auf rund 290 000 Tonnen N steigern wird.

p. **Kölner Getreidebörse** vom 22. Juni. Der Besuch war gut, die Stimmung außerordentlich fest. Alle Preise steigen bei großer Zurückhaltung des Angebots. Nachfrage besteht nach allen Artikeln. Amtlich notierten: Weizen inl. 1720—1740, Roggen inl. 1340—1360, Hafer inl. 1470—1500, Mais gvob 1150—1170, Mais (La Plata) 1340—1370, Ackerbohnen 1300—1350, Rübkuchen 1100, Palmkuchen 1320, Leinkuchen 1770, Zuckerschnitzel 1000—1010, Wiesenheu 740—800, Kleeheu 800—900, Roggen-, Weizen- und Haferstroh 324—360.

p. **Essener Kuxenbörse** vom 22. Juni. Wegen der Schwankungen am Devisenmarkt verkehrte die Börse in sehr ruhiger Haltung. Kohlenkuxen waren durchweg niedriger. Schwere Kohlenwerte lagen umsatzlos. Von den Mittelwerten wurden die linksrheinischen Kuxe etwas billiger umgesetzt. Langenbrahm war gut behauptet. Von Kohlenaktien konnten Alderkohle und Westfälischer Bergbau etwas anziehen, während Lothringen stärker nachgab. Am Markt der Braunkohlenwerte kam es zu einigen Umsätzen in Gute Hoffnung und Oskarssegen zu wenig veränderten Preisen. Am Kalikuxenmarkt war die Tendenz teilweise leicht befestigt, Alexandershall, Heiligenroda, Waldeck und Hedwigsburg waren zu etwas höheren Preisen im Verkehr, sonst wurden noch Einigkeit, Felsenfest, Hüppstedt und Schwarzburg zu ungefähr letzten Preisen gehandelt. Von Kalikuxen waren deutsche Kali und Friedrichshall fest. Hannoversche und Hallesche Kali und Heldburg waren billiger erhältlich.

Commerz- u. Privat-Bank Akt.-Gesellsch.
Filiale Bochum, Wilhelmsplatz 10.
Telefon Nr. 3572—3575. Telegr.-Adr. Hanseatic.
Wir sind unter Vorbehalt für

Kohlenwerte

Name	Käufer	Verk.	Name	Käufer	Verk.
Adler-Aktien	415	450	Graf Schwerin	370000	390000
Admiral	85000	95000	Heinrich	—	140000
Alte Haase	41000	46000	Helene & Amal.	—	—
Blankenburg	205	225	Joh. Delmelsb.	130000	150000
Carl Friedrich	—	—	König Ludwig	975000	1150000
Caroline	60000	68000	Langenbrahm	225000	240000
Carolus Magn.	80000	—	LothringenAkt	—	2350
Constant. d. Gr.	700000	—	Mansfeld	360	380
Diergardt	103000	108000	Moers	64000	67000
Ewald	950000	1050000	Oespel	—	—
Fr. Vog. u. Unv.	—	—	Schürb. & Charl	—	75000
Fröhl. Morgens	110000	—	ver. Trappe	40000	45000
Glückaufsegen	85000	100000	Trier	—	—
Gottessegen	85000	88000	Wilhelm. Mevis	103000	106000
Graf Bismarck	775000	850000			

Braunkohlenwerte

Bruckd.-Nietl.	—	150000	Michel	—	155000
Düren	—	—	Oscarsegen	15500	16300
Gute Hoffnung	53000	57000	Vesta	85000	90000
Leonhardt	146000	155000	Zukunft Akt.	—	775

Kaliwerte

Alexandershall	145000	155000	Hüpstedt	61000	63500
Asse	90000	94000	Johannashall	38500	41000
Bergmannssegen	180000	195000	Kaiseroda	330000	375000
Burbach	—	—	Königshall	125000	135000
Carlsfund	60000	70000	Marie	—	21000
Carlshall	28000	33000	Marie-Luise	—	21000
Desdemona	86000	90000	Max	—	21000
Einigkeit	80000	84000	Meimershaus.	9000	10000
Ellers	44000	—	Neurode	32000	36000
Felsenfest	61500	63500	Neustaßfurt	—	—
Friedrichroda	40000	45000	Oberhof	21000	24000
Fürstenhall	58000	61000	Prinz Eugen	—	—
Gebra	65000	69000	Ransbach	28000	35000
Glückauf-Sond	270000	300000	Reinhardsbrun	27000	30000
GroßhW. Ernst	56000	60000	Rothenberg	12700	13000
Günthershall	50000	58000	Salzmünde	66000	71000
Habighorst	33000	36000	Siegfried I	47000	52000
Hansa-Silberb.	86000	95000	Siegfr. Giesen	—	137000
Heiligenroda	150000	160000	Thüringen	33000	34500
Heimboldsh.	23000	—	Volkenroda	89000	92000
Herta	32000	—	Walbeck	70000	76000
Heringen	45000	48500	Wilhelmshall	120000	140000
Hildasglück	—	—	Wintershall	125000	140000
Hindenburg	125000	—			

Kali-Aktien

AdlerStamm-A	1150	1180	Krügershall-A.	640	680
Hall. Kali-Akt.	1260	1280	Ronnenberg-A	2050	—
Heidburg-Akt.	1260	1300	Salzdethfurt-A	—	—
Justus-Akt.	—	—	Siegmunds A.	2050	—

unnotierte Werte

BeckStahlwAkt	—	410	R. Wolf	640	680
Benz alte Akt	435	460	Halbach M.-A.	325	375
Benz junge Akt	—	—	Kabelw Rheydt	525	535
Brückb. Flend.	650	690	Ludwig Ganz	—	—
Deut. Masch-A	—	—	Lamb. & May	—	—
Dortm. Ritterbr	650	700	Rh.-W. Elekt-A	—	—
Elitewerke-A.	—	—	Verd. Wag.-A.	600	—
Eis. Westfalia	—	—	R W Schachtb	—	—

Viehpreise.

Bericht der Preisnotierungskommission zu Bochum vom 19. Juni 1922.

Auftrieb: 178 Stück Großvieh, 165 Kälber, 110 Schweine, 26 Schafe.

Die Marktpreise betrugen pro 50 Kilogr. Schlachtgewicht für:

Ochsen und Kühe: Vollfleischige, ausgemästete bis zu 7 Jahren 6000—6300; mäßig genährte jüngere, gut genährte ältere 5600—6000; geringere Ochsen und Kühe 3600—5200.

Bullen: Vollfleischige, ausgemästete Bullen höchsten Schlachtwertes 5300—5500;; mäßig genährte junge und ältere Bullen 5000—5200.

Kälber: 1. Qualität 5400—5500; 2. Qualität 5100—5300; 3. Qualität 4600—5000.

Schweine: Schwere, fette Schweine über 150 Kgr. Schlachtgewicht 6200;; vollfleischige Schweine bis zu einem Jahr 6000—6100; geringere Schweine und Sauen 5700—6000.

Handel: langsam.

Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer!
Holländer u. Edamer Käse und Margarine
Erich Schlank, Gerthe,
Käse- und Margarine-Großhandlung
Telefon 445 Amt Castrop.

Hornborg Aktenmappen
Qualitätsware 8385

Per sofort tüchtige, ältere
Kontoristin
zur Aushülfe für 2—3 Monate gesucht. Bewerberinnen müssen perfekte Stenotypistinnen sein, mehrjährige Bürovraxis haben und sofort, spätestens 1. Juli eintreten können.
Offerten an die Geschäftsstelle dieser Zeitung unter Nr. 12103.

Zum baldigen Eintritt wird eine tüchtige, zuverlässige
Stenotypistin
für ein größeres Hüttenwerk gesucht. 12094
Es wollen sich nur erstklassige Kräfte melden, die schnell und sicher arbeiten. Angebote mit Zeugnisabschriften, Angabe des frühesten Eintrittstermins unter Nr. E. N. 1784 an
Ala, Haasenstein & Vogler, Essen,
Selmastraße 18 erbeten.

Miets-Gesuche
möbl. Zimmer
von jung. Ehepaar (ohne Kinder) zu mieten gesucht. Alleestr. 87, 2. Etg., links.

Lagerplatz
mit klein. Schuppen (evtl. Hofraum m. Einfahrt u. unbenutzt. Stall) zur Unterbringung v. Baugerätschaften zu mieten gesucht. Angebote befördert die Exped. d. Ztg. u. Nr. 12001.

Wer tauscht eine 3-Zimmerwohnung
möglichst Gärtenfeld mit gleicher sehr guter Schulstraße 18. Zu erfragen in der Geschäftsst. d. Ztg

Offene Stellen
Früherer selbständiger
Anstreichermeister
sucht auf größerem Werke od. Zeche ähnl. Stellung. Gefl. Angeb. unt. Nr. 12072 an die Gesch. d. Ztg.

Junger Mann
für leichte Büroarbeiten gesucht.
Schriftl. Bewerbungen an
Gebr. Kuhmichel, A.-G., Bochum 5.

Fleißiges Mädchen
für vormittags gesucht bei hohem Lohn. Zu erfragen in der Gesch. d. Ztg. unt. Nr. 11964.

Zum 1. Juli ein sauberes
Dienstmädchen
für Wirtschaft gesucht.
Frau Hugo Castrup, Marienstr. Germaniastr. 8.

Aelterer
Dreher
für einige Stunden des Tages gesucht.
Gefl. Offerten unter Nr. 11887 an die Gesch. d. Ztg.

Erfahren. selbständ.
Mädchen
wegen Verheiratung des jetzigen für bald gesucht. Ein Mädchen vorhanden. Unkosten werd. vergütet.
Café-Restaur. Schell. Altena in Westf. Kirchstraße 14.

Bergwerksgesellschaft sucht für sofort eine
Stenotypistin
welche flott stenographiert und Maschine schreibt. Angebote mit Lebenslauf und Gehaltsansprüchen unter Nr. 11771 an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Ein zuverlässiges
Mädchen
für Küche und Hausarbeit zum 1. Juli gesucht
Frau Wilh. Günnewig Brückstr. 25.

Fleißiges
Mädchen
für ganz od. ½ Tage ges. Menkhoff, Baarestr. 36

Ehrl., saub., junges
Mädchen
für vorm. geg. gute Bezahlung gesucht. Ehrenfelder Zigarrenhaus, Jägerstraße 8a.

Für Büro einer Maschinenfabrik in Bochum zum möglichst baldigen Eintritt eine
jüngere Dame
zur Bedienung der Schreibmaschine gesucht. Angebote unter 11854 an die Geschäftsstelle d. Bochumer Zeitung.